

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 30.

Sonnabend, den 5. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Nach preussischem Muster.

Nichts wäre verfehlter, als wollte man die Staatsrechtshunde des Januschauers als bloße Harlekinade auffassen. Die Geschichte lehrt, daß Leute vom Schlage eines Oldenburg noch niemals vor Gewalttaten zurückgeschreckt sind, und gerade die Geschichte des preussischen Staates, der ja dem Ausspruche Millows zufolge in Deutschland vorangehen soll, ist ein typischer Beweis dafür, wie leicht sich die Reaktion über die Verfassung hinwegsetzt und wie rücksichtslos dem Volke seine Rechte geraubt werden.

Auf den Barrikaden hatte sich das preussische Volk in den Märztagen des Jahres 1848 die Verfassung erkämpft, Bürgerblut war gestossen, um dem König die endliche Erfüllung seines Versprechens abzurufen. Wenige Tage nach dem 18. März, am 8. April wurde das Wahlgesetz für die zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung einzuberufende Versammlung verkündet. Zwar war die Wahl indirekt, aber die übrigen Schönheiten des Dreiklassenwahlrechts kannte man damals noch nicht, weder die öffentliche Stimmenabgabe, noch die Klassenwahl. Das Wahlrecht, das jedem über 24 Jahre alten Preußen zustand, der seit 6 Monaten in der Gemeinde wohnte, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte war und keine Armenunterstützung bezog, war ein gleiches, die Stimmgabe eine geheime.

Noch vor Ablauf des Jahres wurde das auf Grund dieses Wahlsystems gewählte Parlament, weil es sich den Wünschen der Regierung nicht fügen wollte, mit Waffengewalt gesprengt, ein Vorgang, dessen Wiederholung die um Oldenburg heute im Reich auf lautstimmigsten und dessen Schilberung daher angesichts der funkelnden Frechheit am Vorabend der Einbringung einer Wahlrechtsvorlage in Preußen wohl am Plage ist.

Am 15. September war General Wrangel zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt und mit umfassender Machtvollkommenheit ausgestattet worden. Obwohl für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung die Zivilbehörden, in erster Linie die Bürgerwehr zu sorgen hatten, ohne deren ausdrückliche Aufforderung eine Mitwirkung des Militärs nicht zulässig war, erlaubte sich der neue Oberbefehlshaber, sich als Hüter von Ruhe und Ordnung aufzuspielen und mit dem Säbel und der Pike die „Anfuehrer“ zu bedrohen. War schon dies provokatorische Auftreten geeignet, Erbitterung zu erzeugen, so mußte die Erbitterung noch wachsen, als eine Woche später ein neues Ministerium ernannt wurde, an dessen Spitze General von Pfuel stand, der sich als Kommandeur von Berlin in den Tagen vor dem 18. März und als Unterdrücker des Aufstandes in der Provinz Posen das nur allzu begründete Mißtrauen der Bevölkerung zugezogen hatte. Erstreckt man sich die Befürchtungen, die man an das Ministerium Pfuel knüpfte, nicht erfüllen, der Ministerpräsident gab die programmatische Erklärung ab, daß er fest entschlossen sei, „auf dem beiratenen konstitutionellen Wege zu verharren, die erworbenen Freiheiten zu wahren, alle reaktionären Bestrebungen zurückzuweisen und in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes, im Zivil wie im Militär für Befolgung der konstitutionellen Grundsätze Sorge zu tragen; die Rechte und Freiheiten des Volkes heilig zu halten, wie die Rechte und Würde der Krone.“ Tatsächlich ist es unter dem Ministerium Pfuel nicht zu ersten Konflikten mit der Nationalversammlung gekommen. Ja, Pfuel besaß sogar Rückgrat genug, sich der vom König geforderten Anordnung des sofortigen Einmarsches der Truppen in Berlin zum Schutze der angeblich bedrohten Freiheit der Beratungen der Nationalversammlung zu widersetzen. Die Antwort Friedrich Wilhelms IV. bestand in der Entlassung Pfuels. Mit der Bildung des neuen Ministeriums wurde am 2. November Graf Brandenburg beauftragt.

Dieser Ministerwechsel bedeutete eine Brückierung der Nationalversammlung, die denn auch fast einmütig dem König eine Adresse zu überreichen beschloß, worin es u. a. hieß: „Schon seit Wochen haben unheilvolle Gerüchte Ew. Majestät treues Volk über die Absichten der Reaktion erschreckt und die Ernennung des jetzt abgetretenen Ministeriums hatte diese nicht zu schwächen vermocht. Eine Regierung unter den Auspizien des Grafen Brandenburg, welche wiederum ohne Aussicht ist, eine Majorität in der Versammlung und Vertrauen im Lande zu gewinnen, würde die Aufregung unzweifelhaft zum Ausbruch steigern und unendlich traurige, an das Schicksal eines Nachbarstaates erinnernde Folgen für Ew. Majestät Hauptstadt und Land nach sich ziehen.“ Es ist bekannt, welcher Empfang der mit der Überreichung der Adresse

beauftragten Deputation wurde, ein Empfang, der Johann Jakob zu den Worten hinriß: „Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.“

Das Ministerium Brandenburg, das Ministerium der Reaktion, begann seine unheilvolle Arbeit. Am 9. November verlas der Ministerpräsident eine königliche Botschaft, die die Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg und die Vertagung ihrer Beratungen bis zum 27. November aussprach. Die Versammlung protestierte, sie faßte folgende mannhaften Beschlüsse:

- 1) Die Nationalversammlung hat für jetzt keine Veranlassung, den Sitz ihrer Beratungen zu verlegen, sondern wird sie in Berlin fortsetzen.
- 2) Sie kann der Krone nicht das Recht zugestehen, die Nationalversammlung wider ihren Willen zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen.
- 3) Sie erachtet diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zur Erlassung der eben verlesenen Botschaft geraten haben, nicht für fähig, die Regierung des Landes zu führen. Vielmehr hält sie dafür, daß dieselben schwerer Pflichtverletzung gegen das Land und gegen die Versammlung sich schuldig gemacht haben.

Diese Beschlüsse gereichten der Nationalversammlung zur Ehre. Wie gut wäre es um Preußen und Deutschland bestellt, würde die heutige Volksvertretung in einer ähnlichen Situation auch nur annähernd solches Rückgrat an den Tag legen! Die Nationalversammlung war fest entschlossen, nur der Gewalt zu weichen, und die Regierung, weit entfernt davon, die Rechte des Parlaments zu achten, holte zum Gewaltstreik aus. Am 10. November rückten die Truppen unter Wrangel in Berlin ein, sogar Kanonen wurden vor dem Sitzungssaal aufgestellt. Die Bürgerwehr, die sich geweigert hatte, die Nationalversammlung zu sprengen, wurde aufgelöst. Die Nationalversammlung mußte bald in diesem, bald in jenem Lokal tagen, und als sie am 15. November im Mehlischen Saal, Unter den Linden, zusammentrat, um die Steuererweigerung zu beraten, erschien plötzlich ein Major mit einem Bittel Soldaten im Saal, der den strikten Auftrag hatte, nötigenfalls mit Waffengewalt die Versammlung auseinanderzuführen. Die Versammlung wich der Gewalt, nicht ohne daß es ihr vorher noch gelungen war, dem Ministerium das Recht abzusprechen, „über die Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, solange die Nationalversammlung nicht ungestört in Berlin ihre Beratungen fortzuführen vermöge“.

Die Gewalt hatte gesiegt. Ob die Nationalversammlung recht daran getan hat, nun doch in Brandenburg weiter zu tagen, das zu untersuchen, ist hier nicht der Ort. Das eine aber steht fest, daß die Regierung dadurch nicht zur Nachgiebigkeit gezwungen wurde. Im Gegenteil, die Reaktion erhob immer dreister ihr Haupt. Am 5. Dezember löste die Regierung die Nationalversammlung auf und oktroyierte eine Verfassung, die u. a. eine Verschlechterung des Wahlrechts insoweit vorsah, als nur noch selbständige Preußen das Wahlrecht belassen wurde. Als sich dann auch die auf Grund des neuen Wahlgesezes gewählte Volksvertretung noch nicht genügend erwies, machte die Regierung kurzen Prozeß, am 30. Mai 1849 erließen die berückichtigte Verordnung, durch die das preussische Volk mit dem Dreiklassenwahlrecht „beglückt“ wurde.

Beruhet es auf Zufall, daß Herr v. Oldenburg just in dem Moment, wo das Volk die Erfüllung des Versprechens der Thronrede verlangt, von der Tribüne des Deutschen Reichstages herab die Gewalt und den Verfassungsbruch predigt? Schwelte ihm das Beispiel des Jahres 1848 vor Augen? Wollte er der Regierung den Weg weisen, auf dem sie den Parlamentarismus beseitigen soll? Wer weiß es? Das eine aber wissen wir, daß die Sinker durch den Mund des Januschauers ihrem Widerwillen nicht nur gegen das Reichstagswahlrecht, sondern auch gegen jede Wahlreform in Preußen Ausdruck verleihen haben. Um so energischer muß das Volk sich rüsten, um im Reich seine Rechte zu erhalten, in Preußen sie zu erweitern. Das klassenbewußte Proletariat denkt nicht an Gewalt, auf gesegneten Wege sucht es sein Ziel zu erreichen, aber wenn es dazu gezwungen wird, dann wird es auch nicht davor zurückschrecken, der Gewalt von oben mit gleichen Mitteln zu begegnen. Die Machthaber haben es in der Hand, darüber zu entscheiden, wie die Entwicklung sich vollziehen soll. Mögen sie ihren Übermut nicht auf die Spitze treiben!

Der preussische Wahlrechts-Wechselbalg.

Die Grundzüge des neuen preussischen Landtagswahlrechtes sind gestern abend in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht worden. Was hier geboten wird, übertrifft so ziemlich die schlimmsten Erwartungen. Das neue Wahlrecht ist ein Konglomerat von öffentlicher Wahl, direkter Wahl und Pluralwahl. — Wenn die sächsische Regierung keinerlei darauf hingewiesen hat, daß ihr Wahlrecht ein solches sei, wie es in keinem anderen Staate der Welt bestesse, so muß das gleiche von dem neuen preussischen Wahlrecht gesagt werden. Die Änderungen bestehen, kurz zusammengefaßt, in folgendem:

An die Stelle der indirekten Wahl durch Wahlmänner tritt die direkte Wahl. Die drei Klassen bleiben, werden aber in ihrer Zusammensetzung geändert. Steuern werden nur bis zum Gesamtbetrage von 5000 Mk. angerechnet; was darüber hinausgeht, bleibt außer Ansatz. Man will dadurch den Zustand beseitigen, daß sehr reiche Leute allein oder zu zweien die erste resp. zweite Wählerklasse bilden können. Der Einfluß von „Bildung und Besitz“ ist in der Weise „gesichert“, daß höhere Bildung, gereifte Berufserfahrung und verdienstvolle Tätigkeit im öffentlichen Leben einen Vorzug genießen. Und zwar in folgender Weise:

Personen mit abgeschlossener Hochschulbildung, Mitglieder des Reichs- und Landtages, Inhaber von Ehrenämtern der kommunalen Selbstverwaltung, Personen, die im Heer oder in der Marine als Offiziere gedient haben, rücken dadurch in die nächst höhere Abteilung ein als die ist, in die sie ihrer Steuerleistung nach gehören dürfen. Es fallen darunter: die unbeforderten Bürgermeister, die Beigeordneten und die Mitglieder der Magistrate nicht kreisfreier Städte; ferner die Amtmänner in Westfalen und die Amtsverwalter in den übrigen preussischen Provinzen. Blicken diese Leute auf eine mindestens zehnjährige Tätigkeit zurück, so behalten sie das erhöhte Stimmrecht auf Lebenszeit.

In die zweite Wähler-Abteilung rücken diejenigen Wähler der dritten Abteilung ein, welche mit mindestens 1800 Mk. zur Staatseinkommensteuer veranlagt sind und entweder seit fünfzehn Jahren das Einjährig-Freiwilligenzeugnis besitzen oder seit wenigstens fünf Jahren ununterbrochen die Berechtigung zur Anstellung im Zivildienst auf Grund wenigstens zwölfjähriger militärischer oder gleichgestellten Dienstes oder die Berechtigung zur Anstellung im Zivildienst besitzen.

Das bedeutet, daß das Heer der kleinen Beamten in die zweite Wählerklasse eingereiht wird. Man geht offenbar darauf aus, die drei Wählerklassen einander ziffermäßig etwas näher zu bringen. Das würde auf diese Art in der Tat erreicht.

Die Feststellung des Wahlergebnisses soll sich in folgender Weise vollziehen:

Für jede Abteilung gesondert wird die Zahl der im ganzen Landtagswahlbezirk abgegebenen gültigen Stimmen zusammengerechnet, und der Anteil jedes Kandidaten an den abgegebenen gültigen Stimmen abteilungswise nach Hundertteilen der Stimmen festgestellt. Die so gewonnenen Hundertteilzahlen aller Stimmen jeder Abteilung werden für jeden Kandidaten zusammengezählt, ihre Summe wird durch drei geteilt. Gewählt ist, dessen durchschnittlicher Stimmenanteil hiernach mehr als fünfzig vom Hundert beträgt. — Durch dieses Verfahren sollen die Stimmen der Minderheit in erhöhtem Maße zur Geltung kommen, und man erhofft sich daraus eine stärkere Wahlbeteiligung, als sie bisher zu verzeichnen war.

Dafür, daß die geheime Wahl abgelehnt wurde, bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Erklärung:

„Die Einführung der geheimen Abstimmung hat die Regierung bereits in der Erklärung vom 10. Januar 1908 abgelehnt. Es wird mithin die Stimmgabe zu Protokoll festgehalten. In kleinen Wahlbezirken, die zur Erleichterung der Wahl notwendig sind, läßt sich das Wahlgeheimnis für die zweite und erste Abteilung nicht wahren, und man kann nicht der dritten Abteilung gewähren, was sich für die beiden anderen nicht sichern läßt.“

Gegen böswillige Verletzungen des Wahlgeheimnisses und gegen terroristische Beeinflussungen der Wähler schützt auch die geheime Wahl erfahrungsgemäß nicht. Sie begünstigt eher die Neigung sich solcher Mittel zu bedienen, fördert die heimliche Verbreitung von Unzufriedenheit und birgt die Gefahr in sich, daß auch in Wählerkreisen auf deren Erhaltung bei merklicherem Staatsbewußtsein nicht verzichtet werden kann, das politische Verantwortungsgefühl abgeschwächt wird. Die in preussischen Staaten abgeleitete Öffentlichkeit der Wahl erhält das Bewußtsein politischer Verantwortlichkeit rege, und nur durch Stärkung und Erhaltung dieses Bewußtseins schreitet die Selbsterziehung des Volkes zu Staatsgeföhrnis und zu politischem Verständnis vorwärts. Ein Blick in die Statistiken der Landtags- und der Reichstagswahlen zeigt zudem, daß die ge-

helme Wahl staatsfeindlichen Bestrebungen den Schein einer Stärke und Verbreitung verleihen, die sie nicht besitzen. Der Sozialdemokratie gibt bei den Landtagswahlen nur ein Drittel, in Berlin nur wenig über die Hälfte der Wähler wieder die Stimme, die wenige Monate vorher bei den Reichstagswahlen für sie gestimmt haben. Und doch besteht kein Zweifel darüber, und wird auch von der sozialdemokratischen Parteipresse ausdrücklich anerkannt, daß diese Partei bei der öffentlichen Stimmabgabe nicht minder als bei der geheimen alle ihre überzeugten Anhänger und jeden ihrem Einflusse sonst wirklich zugänglichen Wähler für sich in Bewegung zu setzen weiß.

Im preussischen Staat beherrscht der Grundbesitzer der Öffentlichkeit auch sonst alle wichtigeren Vorgänge des staatlichen Lebens, namentlich das weite Gebiet der kommunalen Wahlen. Eine Änderung des Landtagswahlrechts in diesem Punkte würde kaum ohne Nachwirkung auch auf all diese anderen Gebiete des öffentlichen Lebens bleiben können.

Diese Art der Wahlrechtsänderung bedeutet in Wirklichkeit noch eine Verschlechterung des Dreiklassenwahlrechts, denn dadurch, daß die in jeder Klasse abgegebenen Stimmen und nicht die Gesamtstimmenzahl prozentual auf die einzelnen Kandidaten verteilt wird, werden nach wie vor die beiden oberen Klassen ein erdrückendes Übergewicht gegenüber der dritten Wählerklasse haben.

Dieser Wahlrechtsvorschlag stellt nichts anderes dar, als einen Faustschlag ins Gesicht des werktätigen Volkes. Segt muß der Wahlrechtskampf in Preußen erst recht entbrennen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag.

bringt am Freitag seinen eigenen Etat. Das Haus war ziemlich schwach besetzt. Dem Genossen Frohne, der an diesem Tage seinen 60. Geburtstag feierte, übermittelte Genosse Singer die herzlichsten Glückwünsche der Fraktion. — Von unserer und von der Seite mehrerer Fraktionen waren eine Reihe Anträge eingelaufen, die sich teils auf eine Änderung der Geschäftsordnung und zwar speziell des Interpellationsrechts, teils auf Gewährung freier Eisenbahnfahrt auch nach Reichstagsfahrt beziehen. Die Genossen Singer und Ledebour traten scharf und entschieden, mehrere freisinnige Redner einigermaßen entschieden und die Vorsitzenden der nationalliberalen Fraktion leidlich entschieden für eine Erweiterung des zurzeit jeder praktischen Wirksamkeit entbehrenden Interpellationsrechts ein. Das Zentrum hülte sich wohl, sich irgendwie festzusetzen und will augenscheinlich abwarten, ob es eine Revision der Geschäftsordnung mit der Linken oder mit der Rechten zustande bringen soll. Wie eine Geschäftsordnungsrevision aussehen wird, die die Zustimmung der Konservativen findet, zeigten die von gütlichem Haß gegen wirkliche Parlamentsmacht getragenen Ausführungen der konservativen Redner Graf Westarp und Dirksen. Die Frage der Wahlprüfung behandelte Genosse Frank. Die Debatte, die sich vielfach in zum Teil recht unbedeutenden Einzelheiten verzettelte, endete mit der Überweisung aller Anträge an die verstärkte Geschäftsordnungskommission; nur die Anträge auf Freifahrt wurden sofort im Plenum angenommen. Nach unwesentlicher Debatte wurde der vielumstrittene Handelsvertrag mit Portugal gegen eine nicht unbeträchtliche aus Nationalliberalen und Ultramontanen zusammengesetzte Minderheit angenommen.

Nachdem bei einem paar Rechnungssachen noch ein recht unnützes, weil vollkommen zweckloses Gezänk über nicht gemachte Ersparnisse zwischen dem Nationalliberalen Goerke und dem Ultramontanen Erzberger den zufällig noch im Saale befindlichen Rest des Reichstages gelangweilt hatte, verlagte man sich auf Sonnabend 12 Uhr. Der nordamerikanische Handelsvertrag steht auf der Tagesordnung.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer Sitzung am Freitag vormittag, dem Handelsabkommen mit Amerika zuzustimmen.

Freitag abend fand eine freie Besprechung zwischen der Regierung und den Parteien statt. In dieser Besprechung, bei der es sich ebenfalls um das Handelsabkommen drehte, wurden die Genossen Singer, Stolle und Mokenbühl delegiert.

Forsten und Domänen.

In der Sitzung vom Donnerstag fühlte das preussische Abgeordnetenhaus wieder einmal das Bedürfnis, zu beweisen, daß es vernünftigen Anregungen und zeitgemäßen Reformen durchaus abgeneigt ist. Zunächst schaltete es den sozialdemokratischen Antrag auf Verpachtung der administrativen Bezirke an den Reichsbahnen gegen die Stimmen der Antragsteller ab. Das gleiche Geschick widerfuhr einem von Liebknecht begründeten Antrag, der im wesentlichen auf eine Reform des Forstbesitzes und des Feld- und Forstpolizeigesetzes hinausläuft. Zwar wurde die scharfe Kritik, die unter Genossen an den rückwärtigen und gefährlichen Gesetzesbestimmungen übte, sogar von freikonservativer Seite als berechtigt anerkannt, aber da die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes grundsätzlich an veralteten und überlebten Bestimmungen festhält, so mußte sie konsequenterweise unseren Antrag niederschlagen. Daß sie sich damit vor aller Welt lächerlich macht, ist ihr gleichgültig.

Nach diesem Verzicht kam es endlich zu der schon längst angekündigten Debatte über die Erhaltung der Wälder in der Umgegend von Städten. Die Regierung will in ihrer zu fiskalischen Zwecken betriebenen Verwertung des Staatswaldes fortfahren, sie hofft im Etatsjahre eine Einnahme von 7½ Millionen daraus zu erzielen, in Wirklichkeit wird diese Summe aber wohl noch erheblich überschritten werden. Den einzig konsequenten Standpunkt gegenüber dem Regierungsfiskalismus nehmen die Sozialdemokraten ein, die in Form eines Antrages an die Regierung das Ersuchen richteten, in Zukunft Forstverkäufe erst dann zum Abschluß zu bringen, wenn der Landtag seine Zustimmung erteilt hat. Im Gegensatz dazu begünstigen die Konservativen mit einem Antrage, der die Regierung zu nichts verpflichtet, da er

keine lediglich auffordert, die Wälder vorzugsweise an die an ihrer Erhaltung interessierten Gemeinden zu verkaufen. Der sozialdemokratische Antrag wurde von Borgmann in längerer Rede begründet, die eine schwere Anklage gegen die Städtefeindlichkeit der Konservativen bildet. Dem Einwand, daß der Antrag nicht mit dem geltenden Staatsrecht im Einklange stehe, hielt er geschickt die Bemerkung entgegen, daß ja das Haus jederzeit die Gesetze ändern könne. Eine Anspielung Borgmanns auf die hochverräterischen Pläne des Herrn v. Oldenburg erregte den Unmut der Konservativen in so hohem Maße, daß einer ihrer Führer, Herr v. Erfffa, sofort zum amtierenden Vizepräsidenten Dr. Krause lief, um Borgmann zu demütigen. Aber vergebens, Herr Dr. Krause tat den Scharfmachern nicht den Gefallen, unseren Genossen zur Ordnung zu rufen, wozu ja auch kein Grund vorlag.

Daß der sozialdemokratische Antrag abgelehnt wurde, verfiel sich von selbst. Der konservative Antrag wurde der Budgetkommission überwiesen. Ein nationalliberaler Antrag, der die Regierung ersuchte, zwecks Förderung der Leibesübungen der Schulpflichtigen fiskalisches Terrain zu Spielplätzen herzugeben, gelangte einstimmig zur Annahme. Auch unsere Genossen stimmten dafür, obwohl sie sich bemüht waren, daß solche „Leibesübungen“ oft nur ein Vorwand sind, die jungen Leute zu Sozialistenfreßern zu erziehen. Wir fürchten uns, wie Borgmann mit Stolz sagen konnte, vor solchen Maßnahmen nicht.

Die übrige Debatte war belanglos. Nach Bewilligung des Etats der Forst- und der Domänenverwaltung verlagte sich das Haus.

Das preussische Abgeordnetenhaus.

begann Freitag die erste Lesung des Gesetzentwurfes betr. die Abänderung des preussischen Gerichtskostengesetzes. Von den verschiedensten Seiten wurde mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die neue Gebührenordnung eine wesentliche Erschwerung der freiwilligen Gerichtsbarkeit bedeutet, namentlich soweit kleine Objekte in Betracht kommen.

Von unserer Seite wird Genosse Liebknecht sprechen.

Die durch die Presse verbreitete Nachricht, daß Donnerstag vertrauliche Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern stattgefunden haben, die die Wahlrechtsvorlage zum Gegenstand hatten, bestätigte sich. Es waren Vertreter aller Fraktionen zugezogen, nur Sozialdemokraten und Polen waren nicht eingeladen. Aber die Absichten der Regierung wird das strengste Stillschweigen beobachtet. Selbst den Abgeordneten ist es nicht möglich, etwas zu erfahren.

Ein neuer Hefekiel.

In den Jugendjahren der „Kreuzzeitung“, im Jahre 1848 und in der Reaktionsära danach, pflegte der Leibesdichter des Sinkerblattes Hefekiel die Staatsstreichefälle der ostelbischen Magnaten in Verse zu legen. Jetzt hat auch der Herr v. Oldenburg für seinen „Leutnant und zehn Mann“ seinen Hefekiel gefunden, der freilich das Versgewand von dem revolutionären Dichter Freitraglich entlehnen muß. In der „Krause konservativen“, „Danziger Allgemeinen Zeitung“ findet sich nämlich folgender lyrischer Erguß:

Eine Reichstagsattacke.

Die Linke hat Tod und Verderben gespott,
Die Rechte hat's nicht gelitten,
Die Sozialen, so wild sie auch schrien,
Sie wurden niedergeworfen!

Herr Glad voran, ob heiß auch umdrängt,
Rief: Hoch die preussischen Fahnen!
Und wirklich, es wurden zusammengeprengt
Die Genossen vom alten Planen.

Er gab's ihnen gut, scharf wie der Nord
Waff's in der „Roten“ Ohren.
Sie lachten verlegen, dann schrien sie Mord
Und legten sich aufs Rumoren.

Doch fest im Sturm Herr Glad stand,
Der Kummel geniert ihn wenig,
„Wie ich's gemeint, weiß doch das Land,
Daß weiß Seine Majestät der König.“

So denkt er, und jed es Soldatenherz
Satt laut vor Freude gelacht:
Das war doch mal ein Ton aus Erz
Nach oder Rede schacht!

Das ist wie das Gedicht des verstorbenen Kadetten „Kamdohr“, das vor einiger Zeit aus Licht der Öffentlichkeit stieg: die Verse schlecht, aber die Gesinnung ganz jückerisch und ganz aufrichtig! Eine brutale Staatsstreichdrohung in Versen zu der brutalen Staatsstreichdrohung Oldenburgs in Prosa!

Konservative Radaverammlung.

Um zu zeigen, in welchem Maße ihre politische Gesinnung sie zur Herrschaft befähigt, veranstalten seit einiger Zeit die Konservativen in Berlin wüste Radaverfassungen. Freitag hielt wieder in den Hohenzollernsälen in Moabit die „Konservative Vereinigung“, das heißt jene Berliner Gruppe, die sich wegen des Verhaltens der Konservativen zu den Reichsfinanzreformvorlagen von der Richtung Heydenbrand-Oldenburg-Kreis getrennt hat, eine Versammlung ab. General Reim und Pfarrer Koch referierten. Schon während deren Reden schrien und lärmten die unter Führung ihrer Lokalgrößen, der Herren Ulrich, Kluge, Schewe, Donner usw., erkrankenen Anhänger der Heydenbrand-Oldenburgischen Richtung. Seinen Höhepunkt erreichte jedoch der Unmut erst, als der Rechtsanwalt Bredereck das Wort ergriff, und nun der Generalsekretär der „Konservativen Vereinigung“ mitteilte, daß ihm bekannt geworden sei, die Heydenbrandischen beabsichtigten die Versammlung zu sprengen. Von allen Seiten wurde geschrien und getrampelt, bis schließlich die Leiter der Versammlung erklärten, daß sie von ihrem Hausrecht Gebrauch machen müßten und eine Anzahl der Schreier aus dem Saale wiesen. Nach wiederholten gegenseitigen Beschimpfungen legte sich der Unmut.

Die Erziehung im pfälzischen Landtagswahlkreise.

Die neue Parteigruppierung im Deutschen Reichstage hat bei dieser Wahl ihren Ausdruck gefunden in der ge-

nannten Erziehung zum bayerischen Landtage. Sie bietet einige interessante Momente zur Beurteilung der kommenden Reichs- und Landtagswahlen.

Zum ersten Male geschah es in unserer Pfalz, daß unter Überbrückung der bisher sehr starken konfessionellen Gegenläge die Zentrumspartei und der Bund der Landwirte, dessen Mitglieder fast durchweg Protestanten sind, gemeinsam Wahlarbeit zugunsten eines gemeinsamen Kandidaten betrieben. Damit ist eine Schranke beseitigt, die der Liberalismus ausgerichtet und an deren Erhaltung er sehr eifrig gearbeitet hat. Mit dieser Schranke ist wieder ein Bollwerk des pfälzischen Liberalismus, wohl das letzte überhaupt, gefallen.

Das Experiment, über die religiösen und zum Teil geistlich-kulturellen Gegenläge hinweg die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen und Grundzüge in den Vordergrund zu stellen und zu ausschlaggebender Bedeutung zu erheben, muß als gelungen bezeichnet werden. Die Anhänger des Zentrums haben geschlossen für den protestantischen Bauernbündler gestimmt. Freilich ist der Versuch vorläufig nur einseitiger. Es ist noch nicht erprobt, ob umgekehrt auch die protestantische Bauernbevölkerung ebenso geschlossen für einen Zentrumskandidaten eintritt. Das wird wohl etwas schwerer halten und mehr Agitation erfordern. Aber es besteht heute schon kein Zweifel, daß bei den nächsten Reichstagswahlen unter scharfer Betonung der einseitigen agrarischen Interessenpolitik die pfälzischen protestantischen Bauern auch für den Zentrumskandidaten stimmen werden. Damit fällt das einzige Bedenken, das einem allgemeinen Bündnis zwischen beiden Parteien für Reichstags- und Landtagswahlen noch entgegenstand.

Ein Charakteristikum auch dieser Wahl ist das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen im allgemeinen und besonders auf dem Lande. Aus den Einzelergebnissen der Bezirke sind im folgenden einige herausgegriffen, die das Fortschreiten der Sozialdemokratie seit 1907 zeigen:

1907:	1910:
110	281
4	24
5	23
17	100
2	18
19	53
1	16
2	32
1	38
18	50
2	35

Dabei handelt es sich zum Teil um kleine Landorte von 700 bis 1500 Einwohnern. Die Einzelresultate zeigen außerdem, daß selbst rein katholische Dörfer schon stark sozialdemokratisch infiziert sind. Die sozialdemokratische Partei hat ihre Stimmenzahl von 1907 ab von 325 auf 1091 erhöht. Ein glänzendes Ergebnis in einem Wahlkreise mit sehr wenig Industrie und durchaus ländlicher Struktur.

Sehr deprimierend trotz des Sieges ist das Ergebnis für die liberale Partei. Sie hat noch einmal den Wahlkreis gehalten. Das nächstemal ist er ohne sozialdemokratische Unterstützung verloren. Denn die Erfolge des Bundes der Landwirte sind unter den besonders gelagerten Verhältnissen bemerkenswert. Er hat aus eigener Kraft etwa 800 Stimmen aufgebracht. Es ist ein Erfolg, wenn man in Rechnung zieht, daß der Wahlkreis bisher zur Einflussphäre der Liberalen gehörte und der Bund fast so gut wie keine Organisation besitzt. Der Bund ist mit Erfolg in Dorfgemeinden eingebracht, deren Bevölkerung seit Bestehen des Deutschen Reiches nie anders als liberal gewählt hat. Das Wahlbild auf dem Lande stellt dem Liberalismus eine schlimme Zukunft, ja den Untergang, vor Augen.

Der Liberalismus der Pfalz kann das Wort für sich gelten lassen: „Nach ein solcher Sieg und ich bin verloren.“ Es besteht kein Zweifel mehr: Bleibt die Parteigruppierung im Reiche, so geht auch in der Pfalz der Bund bei den nächsten Reichs- und Landtagswahlen mit dem Zentrum zusammen und der Liberalismus wird zerrieben. Ein trauriges Schicksal, aber ein wohlverdientes.

Über das kommende Reichswertzuwachssteuergesetz wissen die „Berl. Vol. Nachr.“ zu berichten, daß der in der Reichsstempelgesetznovelle erwähnte Entwurf vor dem 1. April 1911 dem Reichstage vorgelegt werden wird.

Die Erhebungsarbeiten auf dem Gebiete sind längst eingeleitet. Ende vorigen Jahres waren an der zuständigen Reichszentralstelle die Ergebnisse der von den verschiedenen Bundesstaaten veranstalteten statistischen Erhebungen eingegangen. Das Material wird jetzt gesichtet und dann wird an die Formulierung des Entwurfs herangegangen werden. Es darf aber auch weiter betont werden, daß mit dem Reichsgesetzentwurf den jetzt bei einzelnen Gemeinden und Privaten sich geltend machenden Bestrebungen auf Erreichung von Sondervorteilen Abbruch getan werden wird. In der Reichsstempelgesetznovelle ist den Gemeinden, die die Wertzuwachssteuer bis zum 1. April 1909 eingeführt hatten, der Weiterbezug des Durchschnittsersatzes auf eine Reihe von mindestens 5 Jahren gewährleistet. Bezüglich der Gemeinden, die nach diesem Zeitpunkt die Wertzuwachssteuer eingeführt haben oder einführen werden, ist nichts angeordnet. Es darf aber wohl als sicher angesehen werden, daß das Reich sämtlichen Gemeinden, die die Zuwachssteuer haben oder einführen werden, einen Ertragsanteil auch auf die Dauer zubilligen wird. Andererseits ist es aber auch selbstverständlich, daß darauf gehalten werden wird, die Gemeindeordnungen mit den Bestimmungen des Reichsgesetzes im Einklange zu bringen. Und wenn schließlich die Privatspekulation glaubt, vor dem Erlaß des Reichswertzuwachssteuergesetzes durch die Beschleunigung von Grundstücksübertragungen Vorteile zu erlangen, so wird dabei übersehen, daß auch in dem Reichswertzuwachssteuergesetzentwurf eine Bestimmung vorgesehen werden kann, wonach das Gesetz mit rückwirkender Kraft ausgestattet wird.

Die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen.
Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Geben rote Lubeca - Rabattmarken.

Die Arbeiter-Garderoben aus der Spezial-Abteilung von Gebr. Barg

5 Kohlmarkt 5
sind als sehr gut u. billig bekannt.
Lederhosen, Cordhosen, Wauer-
hosen, Zimmern.-Hosen, Zim-
mern.-Westen, Leder - Joppen,
Cord-Joppen, blau Stoff-Joppen
leinen Jacken, Kojen usw. usw.
Rabattmarken oder 4 Bros.

Täglich
in allen Verkaufsstellen:
Frühes

Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110.

Brantschleier u. Kränze
empfiehlt von den billigsten bis zu
den elegantesten. Myrte kann zur-
gegeben werden.

D. Wagner, 8 Holstenstraße 8.
Möllers billige Fleischquelle!
22 Rindfleisch 22.
Prima Rindfleisch 50 Pf.
Kalbfleisch 50
Schweinefleisch 1 Mt.

Pflaumen

Keine süße, vorjährige Frucht
so lange der Vorrat reicht
Pfd. 18 Pf., 10 Pfd. 1.70 M.
Wilhelm Kalm,
Schüsselbuden 3.

Ihre beliebten Fabrikate und
Waren hält die Firma
H. L. Wiegels
normalis J. C. Bunge bestens
empfohlen!

Spezialität: Konvert.-Honigessig.
Seringe-Großhandlung.
Marinier-Anstalt.
Spezialität: Delikatess-Rollmops.
Es ist Tatsache, daß ich die meisten
Verlobungsringe an meine
Arbeiter-Kundschaft verkaufe.
Grenzfeldt, Go'ldschm., Sandstr. 4.

Willy Koch
: Zahntechniker :
Lübeck, Holstenstrasse 21.

Goldene und silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Handlungsgeschäft,
Agidienstr. 35.

Beerdigungs-Institut
„Pietät“
H. GRIMM, Wickedestr. 49.
Fernsprecher 1424.

Übernahme ganzer Beerdigungen
Überführung m. eig. Transportwagen
Gr. Lager v. Särgen u. Einkl. jed. Art.

Adlershorst.
Jeden Sonntag: Tanz.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag: Tanz.

Riesig billig!

Riesig billig!

Auffsehen erregen diesmal die billigen Preise im

Inventur-Ausverkauf.

Die Preise sind nochmals herabgesetzt und werden die Anzüge und
Paletots teils für ein Drittel des sonstigen Preises ausverkauft.

Eleg. Jackett-Anzüge
mit 12 bis 32 Mt. jetzt 6 8 11 bis 17 Mt.

Rock- und Gehrock-Anzüge
mit 24 bis 74 Mt. jetzt 14 18 23 bis 29 Mt.

Wint.-Paletots u. Lod.-Joppen jetzt dermaßen billig,
daß dieselben für jeden Preis abgegeben werb.

Herr.-Kammgarn-Anzüge nur 12 13 16 bis 19⁵⁰ Mt.

Herrn-Sommer-Paletots besonders billig nur 5 6 9 bis 17⁰⁰ Mt.

Für Konfirmanden ein Posten (Einsparungs- und Prü-
fungs-Anzüge) jetzt schon von 4⁰⁰ Mt. an.

Gebr. Landsburger, 10 Holstenstraße 10
Zuh.: Geinr. Westmann.

Ein Posten Herren-Arbeiter-Hosen pro Stück 1.25 Mt.

Louisenlust
Johs. Benn.
Sonntag, den 6. Februar:

Anfang 4 Uhr. **Großes humoristisches Bockbierfest.** Eintritt frei.
Um 9 Uhr: **Apfelsinen-Polonäse.**
Kappen sind im Lokal zu haben.

NB. Donnerstag, den 17. Februar: **Großer Festball** verbunden mit
Husaren - Polonäse
veranstaltet von der Verbindung und Harmonika-Klub „Harmonia“.

Hansa-Halle.

Heute Sonntag, den 6. Februar

Gr. öffentl. Maskerade

Einzug des Prinzen Karneval im Galawagen 8 Uhr.
Lokalöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende morgens.
NB. Maskenkostüme und Friseur im Hause.
Kindern ist der Zutritt nicht gestattet. C. Kühn.

„Stadt Stockholm“
Am Montag, dem 7. Februar 1910:
Grünkohl-Essen.
Anfang 10 Uhr morgens.
Hierzu ladet freundlichst ein **Hans Lembke.**

Quartett-Verein „Amicitia“.

Maskenball

am Fastnachtsonntag,
dem 7. Februar 1910
in sämtl. Räumen des
„Kolosseum“.
Saalöffnung 6 Uhr.
Von 7-8 Uhr:
Tanz und Aufführung.
Zur Aufführung gelangt u. a.:
Der arme Jonathan. Große Posse mit Gesang.

Maskenzug 8 Uhr.
Bierrots und Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.
Maskengarderoben des Herrn Witense im Lokal.
Karten im Vorverkauf für Zuschauer 75 Pfg., Rassenpreis 1 Mt.,
für Masken 1 Mt., Rassenpreis 1.20 Mt. sind zu haben bei H. Mews,
Böttcherstr. 6, J. Grevsmühl, Steinstraße 12, E. Kilian, Ludwigstraße 33,
A. Schwiening, Meierstraße 9, M. Orłowski, Süßstraße 39, L. W. Hein,
Schwöneddenquersr. 24, H. Haller, Markt 3, H. Kersten, Tabak- und
Zigarrenhandlung, Süßstraße 8.
Der Vorstand.

Central-Hallen.

Am Sonntag, dem 13. Februar:
Große

öffentl. Volksmaskerade.

Borngastarten sind im Lokale zu haben.
W. Borgwardt.

Sozialdemokratischer Verein.

Mitglieder-Versammlung am Montag, d. 7. Februar,

abends 8^{1/2} Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

- Tagesordnung:
1. Abrechnung von der Silvesterfeier.
 2. Beschlussfassung über eine am 22. Februar zu veranstaltende Parteifeierlichkeit.
 3. Vortrag der Genossin **Schlomer**: „Die Landarbeiterfrage“.
 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Vom 6. bis einschliesslich 13. Februar:
Gastspiel von **Johanna und Mara Tabu.**

Schönheits-Tänze.

Dazu: Ein auserlesenes Künstler-Programm.
(Näheres die Plakate und Annoncen am Sonntag, dem 6. Februar.)

Deutsch-Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung zum Ball und Kappenfest der organisierten Metallarbeiterinnen

verbunden mit
Theater-Aufführung und humoristischen Vorträgen
am Sonntag, dem 20. Februar 1910
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Herrenkarte im Vorverkauf 50 Pfg.,
an der Kasse 60 Pfg., eine Dame frei.
Hierzu ladet freundlichst ein

Das Komitee.

Festsäle Konzerthaus „Flora“.

1. öffentliche Maskerade (Gr. Kölner Karneval-Trubel)

am Sonntag, dem 13. Februar 1910,
in sämtlichen besonders festlich geschmückten Räumen.
Einzug des Prinzen Karneval mit Gefolge 7^{1/2} Uhr.
Zu der Bauernschänke. Großes Künstler-Konzert.
Anfang 4 Uhr. Ende morgens. Max Siems.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 4. Februar 1910.

30. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück, von Schoen, Vermuth.

Stat für den Reichstag.

Hierzu liegen mehrere Anträge vor. 1. Antrag Albrecht und Gen. (SD.): Die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß bei Interpellationen die Stellung von Anträgen zulässig sein soll und daß ferner von den Mitgliedern des Reichstages an Bundesrat und Reichskanzler kurze Anfragen tatsächlicher Art gerichtet werden können. 2. Ein ähnlicher Antrag Wasser mann u. Gen. (Np.) 3. Ein ähnlicher Antrag Dr. Abt und Gen. (Np.) 4. Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen auf Gewährung freier Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten für die ganze Dauer der Legislaturperiode. 5. Ein Antrag Gröber (Z.): Die Geschäftsordnungskommission mit der Revision der Geschäftsordnung zu beauftragen und die Anträge der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen ihr als Material zu überweisen.

Singer (SD.): Unlänglich der großen Debatte über das persönliche Reglement wurde auch der Paragraf unserer Geschäftsordnung erörtert, der es nach übereinstimmender Meinung aller Parteien verhindert, daß der Reichstag das Mittel der Interpellation wirksam anwendet. Wie beantragen jetzt, die Geschäftsordnungskommission zu beauftragen, Änderungen bezüglich der Handhabung der Interpellationen vorzubereiten. Wenn das Interpellationsrecht irgend einen Zweck haben soll, muß der Reichstag in der Lage sein, an die Vorgespräche der Interpellationen Anknüpfung zu knüpfen, sonst geht alles aus wie das Hornberger Schießen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein Uebelstand ist es auch, daß es im Verlaufe des Reichstages nicht, den Zeitpunkt der Veranstaltung der Interpellationen zu bestimmen, deshalb muß ausgesprochen werden, daß der Reichskanzler sich in einer bestimmten Zeit zu erklären hat, widrigenfalls ohne weiteres die Vorgespräche stattfinden kann. Ferner verlangen wir das Recht der sogenannten kurzen Anfragen, damit jederzeit an bestimmten Tagen der Woche aktuelle Vorkommnisse in etwas kürzerer Form besprochen werden können, als es durch die Interpellationen möglich ist. Wir müssen ferner Vorkommnisse gegen eine Degradierung des Reichstages gegenüber dem Bundesrat treffen. Wir haben Fälle erlebt, in denen der Reichskanzler, kraft seines Rechtes jederzeit das Wort zu nehmen, außerhalb der Tagesordnung die wichtigsten Mitteilungen machte, wobei der Reichstag mundtot war. Es muß ihm das Recht gegeben werden, an jede Erklärung der verbündeten Regierungen eine Diskussion zu knüpfen. (Zust. b. d. Soz.) Ich halte es für richtig, sämtliche vorliegenden Anträge der Geschäftsordnungskommission zu überweisen. Etwas anders sehe ich zu dem Antrag Gröber, der die Kommission mit der Revision der Geschäftsordnung beauftragt. Ich habe das Gefühl, daß wir mit Annahme dieses Antrags die ganze Sache auf den St. Nimmerleinstag vertagen. Kollege Gröber mag es ganz gut meinen, aber bevor wir an eine so allgemeine Revision herangehen, müssen die Fragen, die in den Anträgen angeregt sind, erledigt sein. (Sehr richtig! links.) Wenn die anderen Anträge angenommen sind, können wir für den Antrag Gröber stimmen. Zum Schluß betone ich noch einmal, der Reichstag steht vor der Frage: Soll er die ihm gebührende Stellung, die Selbstachtung die er sich und dem Volke schuldet, wahrnehmen, dann muß er der unwürdigen Verhandlung der Interpellationen ein Ende machen. (Lebh. Bravo b. d. Soz.)

Müller-Meinungen (Np.): Unsere Geschäftsordnung weist überall Spuren der Überlastung auf. Sie ist voller Unklarheit und Lücken. Der Wunsch nach Revision ist berechtigt, aber bezüglich der praktischen Ausführung dieser Revision schließe ich mich dem Kollegen Singer an. Auch

das Plätengesetz ist reformbedürftig. (Zustimmung bei den Freis.)

Dr. Junck (Np.) spricht für die freie Eisenbahnfahrt während der ganzen Legislaturperiode.

Koeren (Z.): Daß die Geschäftsordnungskommission bisher nichts Besseres leistete, lag am Post. (Widerspruch b. d. Liberalen.) Man wollte für rechts und links etwas zustande bringen. (Stkt.) Jetzt wird's anders werden! (Bravo! l. Ztr.)

Graf Westarp (K.): Unsere Grundsätze hindern uns, uns dem Antrag, die freie Fahrt betreffend anzuschließen. Auch den sozialdemokratischen und freisinnigen Anträgen können wir nicht zustimmen, weil sie der Geschäftsordnungskommission bestimmte Vorschriften geben. Auch haben wir verfassungsrechtliche Bedenken, die Möglichkeiten zu Mißtrauensvoten im Anschluß an Interpellationen zuzulassen. Schon heute werden wir mit Interpellationen überschwenmt. Die sogenannten kurzen Anfragen bergen die Gefahr, daß der Reichstag in die Exekutive eingreift. Gegen den Zentrumsantrag auf Revision der Geschäftsordnung erheben wir keinen Widerspruch. Wir haben auch gegen Kommissionsberichterstattung der übrigen Anträge nichts einzuwenden. (Beifall rechts.)

Gröber (Z.): Die Revision der Geschäftsordnung ist nötig. Die Geschäftsordnung ist verfassungsmäßig mit wenigen Ausnahmen aus schließlich Angelegenheit des Reichstages. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Es kann also keine Rede davon sein, daß Änderungen der Geschäftsordnung Verfassungsänderungen bedeuten. Die Gefahr der Überschwenmung des Reichstages mit Interpellationen ist nicht von der Hand zu weisen. (Sehr richtig! rechts.) Aber auch der Wunsch ist begründet, daß Interpellationen nicht reibungslos verlaufen. (Sehr richtig! links.) Nun, es läßt sich vielleicht ein Mittelweg finden. (Beifall im Zentrum.)

Dr. Wörke (Np.) beschwert sich über die schlechte Luft im Saal. (Beifall und Beifall.) Nach einkündigtem Aufenthalt in dieser schlechten Luft ist die Arbeitskraft stark vermindert. (Krauscher Beifall.) Redner wünscht noch große Tafeln mit sichtbarer Tagesordnung und eine Zeitungsverlaufstafel.

Kämpf (Np.): Die verfassungsrechtlichen Bedenken des Grafen Westarp hat Kollege Gröber schon zurückgewiesen. Nach seiner Erklärung können wir für seinen Antrag stimmen. Redner gibt noch der Fassung Ausdruck, daß der Präsident des Hauses, Graf Stolberg, bald wieder genesen und die Beratungen des Hauses zu leiten imstande sein wird. (Lebh. Bravo! im ganzen Hause.)

Lebeschou (SD.): Dem letzten Wunsche des Vorredners schließe ich mich an. Daß bezüglich der Freifahrten der Abgeordneten keine Einstimmigkeit zu erzielen ist, kann ich nur bedauern. Die verfassungsrechtlichen Bedenken des Grafen Westarp sind im großen und ganzen schon von Herrn Gröber widerlegt. Mißtrauens- und Vertrauensvoten sind nur zwei Seiten der gleichen Münze; wer das eine will, muß das andere zulassen. Der Reichstag soll eben ein Urteil abgeben über das Verhalten der Regierung. Das ist ein Grundgedanke unseres Antrags. Ob ein Reichskanzler durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden kann, hängt von der politischen Entwicklung ab. Den Konservativen und dem Zentrum spreche ich meine Anerkennung dafür aus, daß sie die Macht des Reichstages zum Ausdruck gebracht haben, indem sie im vorigen Sommer einen Kanzler zu Fall brachten. Dasselbe wollen Sie aber ändern nicht eintäumen. (Sehr richtig! links.) Wir wollen also keine neue Waffe schmieden, sondern nur eine alte, rostig gewordene wieder schleifen. Auch die Minderheit muß das Recht haben, bei Interpellationen Anträge zu stellen. Das Recht der Minderheit ist ein integrierender Bestandteil des parlamentarischen Kampfes. Jeder kann einmal in die Minderheit kommen. Unter der Voraussetzung, daß die in unserem Antrage aufgeworfenen Fragen zuerst erledigt werden, stimmen wir dem Antrage Gröber zu. (Bravo! bei den Soz.)

v. Dirksen (Np.): Wir können uns nur mit einer generellen Revision der Geschäftsordnung einverstanden erklären. Die Krönung der Interpellationsberatungsanträge

ist der erste Schritt zur Parlamentarität. (Lachen links.) Die „kurzen Anfragen“ sind weniger bedenklich, aber für ein so junges Parlament wie das unsrige nicht angebracht. (Beifall rechts, Lachen links.)

Werner (N.) sagt über die starke Stauentwicklung im Saal und findet die Verpflichtung der Abgeordneten, sich bei Strafe des Plätentverlustes eintragen zu lassen, als etwas Kleinliches.

Dr. Frank-Mannheim (SD.): Es ist bedauerlich, daß in einer Debatte die großen Forderungen und die kleinen Wünsche neben einander zum Ausdruck kommen. Daß abwechselnd über schlechte Luft und Stau geklagt wird, während gleichzeitig die Erweiterung der Rechte des Reichstages gegenüber dem Bundesrat verfochten werden. (Sehr gut! und Heiterkeit i. d. Soz.) Wenn einige Herren Klagen bezüglich der Wahlprüfungen vorgebracht haben, so ist zu bemerken, daß vorliegende Maßregeln hier am wirksamsten Verbesserung bringen würden. Die Zahl der Wahlprüfungen würde zurückgehen, wenn schärfere Strafbestimmungen gegen Wahlbeeinflussungen vorhanden wären. Die Wahlprüfungskommission hat allerdings einen Kodex aufgestellt, nach dem sie verfährt. Aber die Regeln wechseln mit der Mehrheit, und bis neue Regeln festgestellt sind, ist zuweilen die Mehrheit schon wieder eine andere. (Sehr gut! b. d. Soz.) Herr von Dirksen meinte, zu den kleinen Anfragen gehörte als zweiter Faktor der Bundesrat, der sie beantwortet. Gewiß brauchen wir zu diesem Zwecke den Reichskanzler oder seinen Vertreter hier im Saale. Sollte es sich nun ergeben, daß bei allzu großer Anhäufung die Herren nicht kommen können, so ließe sich ja Abhilfe schaffen, vielleicht auf ähnlichem Wege, wie es gegen das Fehlen der Mitglieder des Hauses geschieht, durch Zahlung von Anwesenheitsgeldern. (Beifall.) Jedenfalls ist der Reichstag berechtigt, seine Geschäftsordnung sich selbstständig zu geben, ohne Rücksicht auf den Bundesrat. Wollte er auf dieses Recht verzichten, so wäre das eine Selbstdegradierung ohne gleichen. (Lebh. Zust. links.) Wir brauchen nicht dafür zu sorgen, die Stellung des Bundesrats zu häuten. Dafür wird er schon selbst sorgen. Aber wie müssen für die Rechte des Reichstages eintreten, die wenigen Rechte, die er hat im Interesse des Volkes wahren und stärken. (Bravo! b. d. Soz.)

Junck (Np.) polemisiert gegen den Abg. Grafen Westarp. Es sei das gute Recht des Reichstages, über den Gegenstand der Interpellation auch seine Meinung auszusprechen. (Beifall links.)

Die allgemeine Vorgespräche des Reichstages wird hierauf geschlossen.

Die Anträge Albrecht (SD.), Wasser mann (Np.) und Gröber (Z.) werden der auf 28 Mitglieder verstärkten Geschäftsordnungskommission überwießen.

Die Anträge der Nationalliberalen und des Zentrums, die freie Fahrt betreffend, werden angenommen.

Der Stat für den Reichstag wird bewilligt.

Hierauf wird der Handelsvertrag mit Portugal, nachdem sich die Abg. Wallenborn (Z.), Vogt-Gall (Np.) und Köhler (Np.) dagegen erklärt haben, gegen einen großen Teil der Nationalliberalen und des Zentrums angenommen.

Rechnungssachen.

Es folgt die erste Beratung der Übersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für 1908.

Dr. Goerke (Np.) bringt Zahlen zum Nachweis dafür, daß die Verwaltung sich größerer Sparsamkeit befleißigt habe.

Erzberger (Z.) weist demgegenüber darauf hin, daß 20 Millionen ohne Zustimmung des Reichstages und Bundesrats ausgegeben wurden. Der Verwaltung müsse zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie sich an den Stat zu halten hat. Redner rügt einige verschwenderische Positionen.

Goerke (Np.): Herr Erzberger mag in einzelnen recht haben. Er scheint aber die 29,7 Millionen Wünderausgaben ganz übersehen zu haben.

Reichschatzsekretär Vermuth betont die Notwendig-

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kiehlund.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarauw.

(6. Fortsetzung)

Nachdruck verboten.
Nur der einfältige Rechtsanwalt Kruse vermochte die Situation nicht zu begreifen, sondern gab endlose Erklärungen zu Protokoll. Vergebens zupfte ihn Rechtsanwalt Kahr an den Kleider; Alfred Bennedek aber, der das Protokoll führte, machte seiner Ungeduld durch Gesichterschneiden Luft, während der Sorenschreiber schnob und ungeduldig auf dem Sessel hin und her riefte.
Endlich war Kruse fertig und die Konkubinatsache ward aufgerufen.

Die Türen zum Gange und zum Hofe standen offen und von der Mitte des Gerichtssaales bis weit nach außen hin standen die Zuhörer.

Die durchdringlichen Frieskleider der Leute begannen in dem schwülen Raum zu dampfen; die Luft verdichtete sich und nahm eine bläuliche Färbung an und an den Fensterrahmen die Tropfen dicht herunter. Draußen im Gange stand der Tiefgang im dichtesten Gedränge. Er war so klein, daß er nichts sehen konnte, aber er lauschte gespannt auf jedes Wort und verstand nicht das allergeringste.

Als der Sorenschreiber den Namen des an der Konkubinatsache Beteiligten hörte, sagte er: „Njådel? — Was ist das für ein barbarischer Name?“

„Es bedeutet Niels“, erklärte der alle Zeit dienstfertige Lofte; „dort oben im Gebirge sagen die Leute Njådel statt Niels.“

„So? Nun ja, wir sind jetzt aber nicht im Gebirge, also heißt der Kerl Niels. Wie weiter?“

„Wannemo.“

„Wannemo?“ fragte der Sorenschreiber ungeduldig.

„Auf der Amtskarte steht Wandmo“, bemerkte Lofte.

„Ja, natürlicherweise muß es so heißen; wir wollen von diesen provinziellen Ausdrücken hier nichts wissen. Also schlecht und recht: Niels Wandmo.“

Njådel war vor den Tisch hingetreten. Er stand vornübergebeugt und hielt den großen buschigen Kopf etwas auf die Seite. Bisweilen wischte er sich mit dem Rockärmel über die Stirn; er war in Schweiß gebadet und die Rippen wogten sich kampfbast.

Der Sorenschreiber maß ihn mit den Augen und nachdem er seine Methode gewählt, begann er plötzlich mit raschen Worten und schneidender Stimme: „Also Du bist es, der so im Schmutz lebst, mit Deiner Dienstmagd, he? und Argernis in der Gemeinde erregt? Wer hat Dich ausgegeben?“

„Der Gehilfe des Predigers, Sören Vorvig.“

„Aha! Hörst Du das? Der Gehilfe des Predigers, schämst Du Dich nicht? Und dann hast Du das Mädchen mit dem Kinde nach Amerika geschickt, he? Du siehst, wir kennen Deine Sünde. Du meinst wohl, Du könntest so davonkommen; aber nein, Fremden, da irrst Du Dich. Loder leugnest Du etwa die ganze Verschönerung, he?“

Njådel machte eine Anstrengung, um den Mund zu öffnen und als ihm dies gelungen war, sagte er: „Ich leugne es nicht.“

Diese Antwort hatte der Sorenschreiber nicht erwartet; aber er war an alle möglichen Ausflüchte gewöhnt.

„Das ist sehr vernünftig von Dir, Fremden!“ fuhr er fort, „aber das genügt nicht. Die Sache muß ordentlich untersucht und durch Zeugen aufgeklärt werden. Wo hast Du Deine Tochter?“

„Sie ist abgereist“, erwiderte Njådel.

„Abgereist! Sie auch? Wohin?“ rief der Richter mit aufgerissenen Augen. Der Stellvertreter ließ die Feder fallen, die Lippen spitzten die Ohren wie Rattenhund und selbst der Amtmann, der in einer Sofaecke saß, sah vom Kriminalgeheißbuch, in dem er anscheinend studiert hatte, auf.

„Nach Christiania; sie ist gestern abgereist“, sagte Njådel.

„Da soll doch der Sa—! hm!“ fuhr der Sorenschreiber auf, der sich bei Gerichtsverhandlungen nicht leicht zum Affekt hinreißen ließ; feuerrot vor Ärger warf er sich im Stuhl hin und her.

Dann brach der Strom seiner Rede unaufhaltsam los gegen Njådel, dessen Betragen er mit Ausdrücken belegte, wie sie sich mit der Heiligkeit des Gerichts nur irgend vereinigen ließen, und er ver sprach ihm ein so scharfes Urteil, wie es nur möglich wäre.

Njådel zog sich unter dem unverhohlenen Mißbehagen des Gerichtspersonals zurück. Und die Zuhörer wichen vor ihm zur Seite, als sei er mit der West behaftet, wie er langsam das Gerichtstokal verließ und hinausging.

Die Enttäuschung war außerordentlich. Die erregte Stimmung vom Mittag her hatte sich in Erwartung dieses Leckerbissens auf ihrer Höhe erhalten. Nun trat plötzlich eine völlige Erschlaffung ein. Man fand es unerträglich in dem dumpfigen, halb dunklen Lokal, wo der Fußboden glatt war von schmutzigen Stiefeln und der Regen an die Fenster schlug.

Der Amtmann sah nach der Uhr, erhob sich und ging ins Nebenzimmer, indem er einen Schreiber mit sich nahm. Man hörte sie dann mit Köstern rumoren.

Der Sorenschreiber war außer sich vor Zorn und ließ es Fremden und Feinden entgehen. Die noch übrigen Sachen durchfuhr er wie ein Sturmwind und wehe dem, der ihm Aufenthalt bereitere. Er hatte die Uhr von der Weste ab und legte sie vor sich auf den Tisch.

Nur der unverbeßerliche Rechtsanwalt Kruse begann wieder seine Erklärungen zu Protokoll zu geben.

Der Sorenschreiber rief ärgerlich: „Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, Herr Rechtsanwalt Kruse, daß dies Diktieren eine Grenze hat.“

Kruse zog ruhig seine Uhr hervor und sagte: „Ich habe die gesetzlich bestimmte Zeit nicht überschritten.“

„Mag sein, aber man pflegt sonst anständigerweise gewisse Rücksichten zu nehmen.“

„Ich habe nur auf das Interesse meines Klienten Rücksicht zu nehmen“, erwiderte der Rechtsanwalt und diktirte weiter.

Die nächste Sache!“ rief der Richter als jener endlich fertig war.

Es durchzuckte den Tiefgängigen draußen auf dem Gang, als er seinen Namen rufen hörte; es war seine Angelegenheit, die verhandelt werden sollte. Nach dem Aufruf erfolgte eine Pause.

„Nun!“ rief der Sorenschreiber zornig, „wer hat mit der Sache zu tun?“

„Rechtsanwalt Boyesen“, wurde geantwortet.

„Aber Boyesen ist heute nicht hier, wer vertritt Boyesen nun?“

Kahr trat rasch an den Tisch, er hatte sich mit einem Kollegen am Fenster in ein Gespräch vertieft.

„Was ist's für eine Sache, Kruse?“ flüsterte er.

„Ich will auf der Liste nachsehen“, sprach dieser ganz laut.

(Fortsetzung folgt.)

feit des Umbaus der Amtswohnung seines Amtsvorgängers und einiger anderer Ausgaben.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abg. Erzbberger (3.) und Goerde (N.) wird die Absicht der Rechnungs-Kommission überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 12 Uhr. (Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Noch ein Nachspiel zum Schandfäulen-Prozess. Genosse Schiller von der Breslauer „Volkswacht“ wurde wegen Beleidigung der Königsberger Richter durch einen Artikel gegen das Urteil im Schandfäulen-Prozess zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Entscheidungstag im Holzgewerbe naht!

In wenigen Tagen muß sich nun endgültig entscheiden, ob die Arbeitgeber Krieg oder Frieden wollen. Mit den bisherigen platonischen Friedensversicherungen der Arbeitgeber stand deren Verhalten — siehe Ablehnung des Schiedsgerichts — allzu kraß im Widerspruch, und die Holzarbeiter haben daher ihre Kriegserklärungen mit voller Macht betrieben, sie stehen heute kampfbereit da! Der deutsche Holzarbeiterverband hat seine Mitgliederzahl in den letzten Monaten erheblich gesteigert und dürfte gegenwärtig 155 000 bereits überschritten haben. Die Opferfreudigkeit der Mitglieder läßt nichts zu wünschen übrig, da sie begriffen haben, was auf dem Spiele steht. Fast alle Zahlstellen haben in den letzten Wochen ihre Beiträge stark erhöht. In der letzten Nummer der „Holzarbeiterzeitung“ werden allein für 262 Orte Extrabeiträge seitens des Verbandsvorstandes genehmigt. In der vorletzigen Nummer wurden 82 Zahlstellen bekannt gegeben, während die Beschlusfassung in vielen noch aussteht. In 10 Orten mit 30 000 Mitgliedern wird gegenwärtig ein Beitrag von 1,50 Mk., und in 10 Orten mit 12 000 Mitgliedern ein solcher von 1,20 Mk. resp. 1,25 Mk. erhoben, während für rund 50 000 Mitglieder der Beitrag auf 1,00 Mk. pro Woche erhöht wurde. Dann folgt eine große Anzahl Zahlstellen mit 90 und 80 Bfg. Wochenbeitrag. Auch die abgelegenen Orte im Erzgebirge, Riesengebirge und im Schwarzwald mit ihren niedrigen Löhnen sind nicht zurückgeblieben und haben erhebliche Beitragserhöhungen vorgenommen, um den Arbeitgebern ihre Pläne zu verjagen. Dabei haben alle Zahlstellen erklärt, daß beim Ausbruch des Kampfes eine weitere Steigerung der Beiträge selbstverständlich sei, teilweise ist schon jetzt die Verdoppelung derselben für diesen Fall beschlossen.

Auch die Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes und des Gewerksvereins leisten bedeutende Extrabeiträge.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat nun mit den Vorständen der Arbeiterorganisationen eine neue Konferenz abgehalten und sie mit dem Beschluß der Städte-Konferenz der Arbeitgeber bekannt gemacht. Es handelt sich hierbei um die Einsetzung einer Verhandlungskommission ohne unparteiischen Vorsitzenden, welche die Arbeitgeber beschließen haben, die jetzt aber seitens der Vertreter der Arbeiterorganisationen abgelehnt ist. Die „Holzarbeiterzeitung“ sagt dazu:

Wir haben immer betont, daß wir ernstlich bedacht sind, den Frieden zu erhalten, und daß wir deshalb jedes Mittel ergreifen, welches nach dieser Richtung Erfolg verspricht. Von dieser famosen Verhandlungskommission ist jedoch nicht zu erwarten, daß sie praktische Resultate zeitigt. Es wäre tatsächlich Zeit- und Geldverschwendung, wollten wir Vertreter für die Kommissionen bestimmen und diese selbst in Funktion treten lassen. Dieser Gedanke ist auch von den Arbeitervertretern in der am 28. Januar auf Einladung des Arbeitgeberverbandes abgehaltenen Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände ausgesprochen worden. Definitive Beschlüsse bezüglich der Kommissionen konnten allerdings in der Konferenz selbst noch nicht gefaßt werden, weil der Plan des Arbeitgeberverbandes zu neu und zu „originell“ war. Aber nach reiflicher Erwägung hat der Gesamtvorstand unseres Verbandes die Verhandlungskommission in der vom Schutzverband vorgeschlagenen Form einstimmig abgelehnt. Nicht aus Nechthaberei oder aus Leichtsin, sondern in der sicheren Voraussetzung, daß wir so nicht vorwärts kommen, lehnen wir den neuesten Vorschlag des Arbeitgeberverbandes ab. Wir sind uns der Konsequenzen unseres Tuns durchaus bewußt. Wir wissen uns aber auch eins mit den Kollegen in ganz Deutschland. Sicher wird kein Verbandsmitglied wünschen, daß unser Verbandsvorstand sich dazu hergibt, daß der Arbeitgeberverband je nach Raune mit ihm Hangeball spielt. Machen die Unternehmer ihre Drohung wahr, schreiten sie zur Aussperrung, weil wir unsere Zeit nicht zwecklos mit seiner Verhandlungskommission vergeuden wollen, dann haben sie die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Ein Kampf wird ungeheure Opfer erfordern. Aber wenn es sein muß, werden wir ihn aufnehmen in dem Bewußtsein, daß wir ihn nicht vergeblich führen.

Eine andere Antwort konnte der Arbeitgeberverband kaum erwarten, nachdem er das zwischen den Organisationen vereinbarte Schiedsgericht abgelehnt hatte. Die Situation ist also durch die Schuld der Arbeitgeber jetzt außerordentlich kritisch geworden und da der 12. Februar immer näher rückt, ist der Kampf in greifbare Nähe gerückt, denn nach diesem Zeitpunkt genügt ein Funken, der das Pulverfaß zur Entzündung bringt. Mögen sich die Arbeitgeber bei Herrn Siebel-Düsseldorf und ihrer Zeitung bedanken, wenn es zum Äußersten kommt.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen im Holzgewerbe.

In Ziegenhals belohnte die Direktion der Möbel-fabrik Hoffnung den Polierern erhebliche Abzüge zu diffundieren. Als diese sich damit nicht einverstanden erklären wollten, wurden sie turzhand entlassen und die Tischler aufgefordert, diese Arbeiten zu verrichten. Die Tischler drehten nun aber den Spieß um und verlangten die Wiedereinstellung der Polierer und Zurücknahme der Lohnreduktionen, was die Firma kurz ablehnte.

Die Tischler stellten nunmehr einmütig die Arbeit ein. In einer dann anberaumten Verhandlung gelang es, die Differenzen zu beseitigen. Die Lohnabzüge wurden zurückgenommen, die Polierer wieder eingestellt und ein Vertrag bis zum 30. September 1912 abgeschlossen, der den Arbeitern neuwertige Vorteile bringt. — Bemerkenswert ist noch, daß die Polizei, die am Streik beteiligten Ausländer auf-

forderte, sich sofort Arbeit zu beschaffen, oder aber die Ausweisung würde erfolgen.

Die Arbeiter der Holzbearbeitungsfabrik Neumann in Götzen (Anhalt) verlangten eine Aufbesserung ihrer Löhne, und da ihnen das verweigert wurde, stellten sie die Arbeit ein. Nach halbtagigem Streik wurde seitens der Firma für die 90 in Frage kommenden Arbeiter eine Stundenlohnhöhung von 8 Bfg. (Mindestlohn 88 Bfg.) bei 56-stündiger Arbeitszeit zugestanden.

Bei der Firma Lauffer in Schwenningen (Württemberg) dauert der Streik nunmehr ein halbes Jahr, ohne daß an eine Einigung zu denken ist. Die Firma verhält sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber ablehnend. Diverse Verhandlungen verliefen deshalb ergebnislos. Die Polizei stellt sich — wahrscheinlich um den preussischen Kollegen nicht nachzusetzen — vollständig auf die Seite des Unternehmers. Die Streikenden erhielten bisher über 60 Anklagen wegen Streikvergehen. Von diesen sind bis jetzt schon über 40 Freisprechungen erfolgt. Letztlich wurde der Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes Schönenberger verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, ohne daß ihm bekannt geworden ist weshalb.

In Luckenwalde dauert der Streik der Tischler jetzt 19 Wochen. Der dortige Vürgermeister hat sich in den letzten Wochen alle erdenkliche Mühe gegeben, um die Parteien näher zu bringen. Zu diesem Zweck hatte er zu einer Versammlung am 29. Januar auch Vertreter der beiderseitigen Verbandsvorstände geladen. Es gelang dann auch, über eine ganze Reihe strittiger Punkte, insbesondere in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit, einig zu werden. Es wurde vereinbart, daß sofort in die Beratung der Akkordtarife eingetreten werden soll. Bezeichnend ist, daß während die Arbeitgeber mit dem Holzarbeiterverband verhandeln und der Frieden in Aussicht scheint, sie in der „Berliner Volkszeitung“ nach nichtorganisierten Arbeitern inserieren.

Die Aussperrung der Stellmacher, Tischler und Maschinenarbeiter in der Waggonfabrik in Baunzen dauert jetzt die dreißigste Woche. Mit der Direktion fanden Verhandlungen statt, die jedoch ergebnislos blieben. Eine größere Anzahl der Ausgesperrten hat daraufhin den Ort verlassen. Die von der Streikbrecherfirma Auguste Müller-Hamburg gelieferten Arbeitswilligen sind nur noch in geringer Zahl am Orte, und mit diesen kann die Firma nichts anfangen. Eine eigenartige Rolle bei der Streikbrechervermittlung spielt der k. k. österreichisch-ungarische Konsul in Hamburg. Dieser schiebt alle sich meldenden Holzarbeiter aus der Donaumonarchie nach Auguste Müller zur weiteren Vermittlung. — Die Möbelfabrikanten in Höchst können von der verhängten Aussperrung nicht anders zurück, als daß sie den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen. Da sie sich hierzu nicht verstehen wollen, dauert der Kampf schon über die zwölfte Woche hinaus. — Auch in Sommerfeld ist im Streik der Tischler nach 23 Wochen noch keine Änderung eingetreten.

In Zuffenhausen bei Stuttgart hatten die Arbeitgeber die Aussperrung sämtlicher Tischler angedroht, weil diese den ihnen vorgelegten Vertrag nicht anerkennen wollten. Die Aussperrung ist ins Wasser gefallen. Nur eine Firma hat sie durchgeführt, die übrigen drücken sich, weil sie wissen, was ihnen bevorsteht.

In Reichenhausen a. Main (Unterfranken) haben die Unternehmer der dortigen Möbelfabrik sämtliche Arbeiter entlassen, weil sie einen von den Unternehmern einseitig aufgestellten Akkordtarif nicht anerkennen wollten. Bezug nach allen Orten ist fernzuhalten.

Die Braunschweiger Polizei gegen die Hausange-stellten-Organisation. Mit Hilfe des Gewerkschaftsartikels gelang es im November 1908 auch in Braunschweig, die Dienstboten zu organisieren. Allein von Anfang an wurde dieses jüngste Kind der Braunschweiger Gewerkschaftsbewegung polizeilich verfolgt. Strafmandate folgten über Strafmandate. Es gab keine Agitationsversammlung des Dienstbotenvereins, nach der nicht ein oder zwei polizeiliche Strafmandate über je 15 Mk. erlassen wurden, wegen Nicht-annahme „politischer“ Versammlungen. Einige solcher Strafmandate harren zurzeit noch ihrer Erledigung durch das Gericht.

Am 23. Januar hielt Gewisse Redakteur Wagner in einer öffentlichen Dienstbotenversammlung einen Vortrag, und prompt folgte wieder das Strafmandat gegen die Leiterin der Dienstboten-Organisation, obgleich Wagner keinen Ton über Politik geredet hatte. Doch daran noch nicht genug, ging der Vorsitzenden der Organisation, Genosin Topfstedt, folgenden Schreiben zu:

„Herzogliche Polizei-Direktion Braunschweig.“

Der am 30. November 1908 hier angemeldete Verein für Dienstmädchen, Ausgehertinnen, Wasch- und Scheuerfrauen usw. für Braunschweig und Umgegend wird nach § 2 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 damit aufgelöst.

Wie aus den §§ 1 und 2 des Vereinsstatuts und der bisherigen Tätigkeit des Vereins hervorgeht, verfolgt derselbe politische, insbesondere sozialpolitische Zwecke, er ist also ein politischer Verein im Sinne des § 3 des obengenannten Gesetzes. Nach § 3 des Statuts können auch weibliche Personen unter 18 Jahren Mitglieder des Vereins werden. Diese Bestimmung steht im Widerspruch mit den Vorschriften der §§ 17 und 18, Ziffer 5 des Reichsvereinsgesetzes, nach welchen Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein dürfen, und Zuwiderhandlungen unter Strafe gestellt sind. Der Verein verfolgt also einen Zweck, welcher einem Strafgesetze zuwiderläuft, und ist deshalb aufzulösen.

v. d. Busch.
Aus dieser polizeilichen Verfügung weht uns echt preussisch-reaktionärer Polizeigeist an, der die ministeriell versprochene loyale Auslegung des neuen liberalen Reichsvereinsgesetzes völlig vermissen läßt. Die Organisationen der Hausangestellten wird wohl jedermann als gewerkschaftliche Vereine betrachten müssen. Daß ein Verein schon als politisch erklärt werden kann, wenn er sich mit sozialpolitischen Dingen beschäftigt, ist braunschweigische Polizeierfindung. Was kann — bei emigem guten polizeilichen Willen — von gewerkschaftlichen und gewerblichen Fragen nicht alles in das Gebiet der Sozialpolitik verweisen werden! Wer will da die genaue Grenzlinie ziehen? Etwa die Braunschweiger Polizei? Die Verfügung der Braunschweiger Polizei ist aber auch nicht ganz frei von einigen Kuriosen. Im Jahre 1908 wurde der Polizei ein Statut des damals gegründeten Dienstbotenvereins überreicht. Nach Jahresfrist hat also die Polizei schon entdeckt, daß der Verein nach dem Wortlaut des Statuts einen Zweck verfolgt, welcher einem Strafgesetze zuwiderläuft. Dann aber befiehlt der Verein überhaupt garnicht mehr. Der im Jahre 1908 gegründete Dienstbotenverein hat sich am 1. August 1909 aufgelöst. Am gleichen Tage wurde dann eine Zahlstelle des Zentralverbandes der Hausangestellten gegründet. Diese Zahlstelle in Braunschweig wird aber die Polizei daselbst nicht auflösen können.

und die polizeiliche Verfügung will das auch anscheinend garnicht; die Polizeibehörde hat somit eigentlich einen nicht bestehenden Verein aufgelöst.

Zum Kampfe gegen den Stahlstreik rüsten die amerikanischen Gewerkschaften. Die gewerkschaftliche Landeszentrale der Vereinigten Staaten erläßt einen Aufruf an ihre angeschlossenen Mitglieder um finanzielle Unterstützung, die möglichst mindestens 10 Cents (42 Bfg.) im Monat Januar betragen soll. Die Brauer und einige der fortgeschrittensten Gewerkschaften haben schon beschlossen, einen solchen Betrag direkt aus ihren Kassenbeständen zu zahlen, die Sammlungen aber trotzdem noch einzuleiten. Ein heftiger Kampf mit den allgewaltigen Stahlmagnaten dürfte also nicht mehr allzu fern sein.

Eine Lohnbewegung auf dem Gute des Junterhaupts-Kings Köstke! Wenn es für die Junter im Reichstage gilt, sich ihre Forderungen auf Kosten der großen Masse zu füllen, so weisen sie gern darauf hin, daß sie die Liebesgaben brauchen, um ihre schlechtgestellten Arbeiter besser entlohnen zu können. In der Spitze der so fordernden Junter stand immer der bekannte Bundeshauptmann Köstke in Görden bei Dahme in der Mark. Was aber Herr Köstke in bezug auf bessere Bezahlung getan hat, geht aus folgendem hervor: Die Arbeiter des Herrn Köstke verdienen jetzt im Winter eine Mark, die Arbeiterinnen 60 Bfg. und die Töchter der Arbeiter, die sogenannte Hofdienste tun müssen, 30 Bfg. pro Tag. Diese Löhne wurden schon lange gezahlt, ehe man daran dachte das Volk mit einem Jollitarif und mit einer exorbitanten Lebensmittelpreiserhöhung zu beglücken. Durch diese Erhöhung der Lebensmittelpreise sind auch die Köstkeschen Arbeiter nicht mehr imstande, mit diesen horrenden Löhnen durchzukommen. Sie traten deshalb zusammen, um darüber zu beraten, ob es nicht angängig sei, bei „ihrem Herrn“ eine Lohnhöhung zu beantragen. Man wählte eine Kommission von zwei Mann, die Herrn Köstke die berechtigten Wünsche der gesamten Tagelöhner vortrugen. Mit dieser Kommission wollte jedoch Herr Köstke nicht verhandeln. Er gab derselben den Rat, die Forderung schriftlich einzureichen. Wenn Herr Köstke etwa der Meinung war, daß die Arbeiter nicht den Mut finden würden, ihre Unterschrift herzugeben, sollte er sich getrrt haben. Die Arbeiter brachten ihre Wünsche zu Papier und unterschrieben einmütig. Sie forderten 20 Bfg. für männliche Arbeiter und 10 Bfg. für Arbeiterinnen. Man zeigte aber Herr Köstke, daß er überhaupt nicht gewillt sei, den Arbeitern etwas zu geben. Er sagte ihnen, daß ihre Forderung „zu hoch“ sei, er könne überhaupt nicht mehr geben. Und wenn dies nicht passe, der könne gehen. Im übrigen werde er den Leuten am 1. Februar Bescheid geben. Wenn nun Herr Köstke meinte, daß er mit seinen Arbeitern fertig sei, so irte er auch hier gewaltig. Die Arbeiter sind fest entschlossen, einmütig ihre Forderungen durchzuführen. Auf den Ausgang der Lohnbewegung darf man wohl gespannt sein. Durch seine brutale Abweisung hat aber Herr Köstke bewiesen, was es mit seiner Arbeiterfreundlichkeit auf sich hat. Man sollte meinen, diese minimale Forderung hätte Herr Köstke ohne lange Gegenwehr bewilligen sollen, aber das hiesse ja seinen Profit schmälern. Noch eine neugierige Frage: Wie wäre wohl die Sache ausgefallen, wenn wir kurz vor der Reichstagswahl ständen?

Zum bevorstehenden Kampf im mittelfränkischen Bau-gewerbe. Dem Vorgehen des mittelfränkischen Schaf-macherverbandes der Bauunternehmer schließen sich auch die Organisationen der kleinen Unternehmer an. So hat die Stuckateur-Zinnung in Nürnberg der Arbeiterorganisation ebenfalls die Kündigung des Tarifvertrages zugehen lassen, ohne die vertraglich eingegangene Verpflichtung zu beachten, wonach Kündigung nur erfolgen kann unter gleichzeitiger Einreichung von Abänderungsvorschlägen. Die Arbeiterorganisation hat den Vertrag ebenfalls gekündigt. Die Zimmerer Nürnbergs haben sich in einer Versammlung mit der Lage befaßt und erklärt, daß sie jeden Angriff auf ihre bisherigen Erwerbsbedingungen entschieden abwehren werden. Zur Vorbereitung auf den Kampf wurde beschlossen, bis auf weiteres einen wöchentlichen Beitrag von 1 Mark zu bezahlen.

Bewegung in den Kunstausstellungen. Die Bemühungen der Arbeiter, die Differenzen örtlich beizulegen, können als gescheitert angesehen werden. In Fürth haben bereits die Unternehmer einmütig die Forderung der Gewerbe-gerichts als Einigungsamt zurückgewiesen. Sie wollen nur durch die Berliner Zentralvorstände unterhandeln lassen. Die Arbeiter erklärten in einer Versammlung, daß sie auf ihrem schon mitgeteilten Standpunkt verharren und kein Verhandlungsergebnis annehmen werden, das nicht die Beseitigung der vorgelegten Arbeitsordnung bringt. Es bleibt bis auf weiteres bei der Verweigerung aller überstundenden Arbeit.

Soziales.

Wie man mit den hungernden Tabakarbeitern umgeht. Der „Süddeutschen Tabakzeitung“, einem Unternehmerblatt, wird aus Lemgo (Lippe) geschrieben: Einem infolge der neuen Tabaksteuer entlassenen Zigarrenarbeiter wurde die Unterstützung, die ihm gefällig zukommt, verweigert, weil er für einen Gastwirt kurze Zeit gearbeitet hat, wo er aber, wie hinzugefügt werden muß, keinen Lohn, sondern nur Essen bekam. Trotzdem der Arbeiter die Behörde ersuchte, ihm den Betrag für das Essen bei der Unterstützung abzuziehen, wurde ihm vom Hauptzollamt in Lemgo die Entschädigung überhaupt vollständig verweigert. — So sieht die Sorge für die Arbeiter aus, die durch den Steuerraub arbeitslos geworden sind.

Fürsorge für Eisenbahnbeamte. Die Eisenbahndirektion Eriuth hat folgende Verfügung erlassen: „Dem Zugbegleitungs- und Lokomotivpersonal der Güterzüge ist während des Winters auf den größeren Stationen bei einer Kälte von 10 Grad Celsius je 1/2 Liter heiße Milch, Warmbier oder Kaffee, je nach Verlangen zu verabfolgen. Die nötigen Bestellungen sind schon vor der Ankunft der Züge von den Stationsvorstehern zu bewirken. Die Getränke werden von der Eisenbahndirektion bezahlt.“ Ein anerkannter wertvoller Erlaß. Nur sollte diese Vergünstigung nicht gerade auf die Kälte von 10 Grad Celsius und mehr beschränkt werden. Das Begleitpersonal der Güterzüge ist infolge der langen und darunter vielen Nachtfahrten schon bei weniger Kältegraden so ausgefroren, daß auch dann die Verabreichung ungenügend heißer Getränke mit Rücksicht auf die Gesundheit der Angestellten und auf die Sicherheit des Betriebes angebracht wäre.

Kommunales.

Die Arbeitslosenfrage in Leipzig wurde am Mittwoch im Stadiverordnetenkollegium zwar keineswegs gelöst, aber man machte doch einen schwachen Versuch, der Lösung nahe zu kommen. Als im vorigen Winter die Not der Arbeitslosen ihren Höhepunkt erreichte, konnten sich die bürgerlichen Stadtväter allerdings nicht entschließen, schnell und durchgreifend zu helfen, wohl aber setzten sie einen besonderen Ausschuß zur Behandlung dieser Frage ein. Nun endlich

gerade nach Jahresfrist, trat der Ausschuss mit seiner Arbeit vors Publikum hin und siehe da, es war wieder nicht viel. Erstens soll der Ausschuss bestehen bleiben; zweitens sollen die Räume in dem städtischen Gebäude, in dem sich der paritätische Arbeitsnachweis des Vereins für Arbeitsnachweis befindet, nur paritätischen Nachweisen zur Verfügung gestellt und drittens soll das Gebäude vergrößert werden. Man sieht also, die Idee ist: durch ein besseres Funktionieren der Arbeitsnachweise die Arbeitslosigkeit zu verringern. Ferner sollen alle in Leipzig bestehenden Arbeitsnachweise aufgefordert werden, regelmäßig und in kurzen Zeitabschnitten die Zahl der offenen Stellen und die Zahl der Arbeitssuchenden anzugeben; dann soll mit den benachbarten Städten in Verbindung getreten werden, um einen Austausch der offenen Stellen und der Arbeitssuchenden herbeizuführen. Von sozialdemokratischer Seite wurde diesen Vorschlägen ebenfalls zugestimmt, aber mit der Betonung, daß sie nur den ersten Schritt in der brennenden Frage bedeuteten. Vor allem wurde unterstrichen, daß die Frage der Arbeitslosenversicherung noch ungelöst und daß die Arbeitslosigkeit selbst durch die Beschlüsse nicht beseitigt sei. Der Scharfmacher Baurat Enke, der im Herbst aus dem Landtag hinausgewählt worden ist, vermaß eine Träne, weil die nicht paritätischen Arbeitsnachweise nicht in dem Hause zugelassen werden sollten. Dann aber verteidigte er zielbewußt die einseitigen Unternehmer-Nachweise, worauf von unserer Seite diese Nachweise als gemeingefährlich denunziert wurden. Gegen die Stimmen einiger Mittelständler wurden schließlich die Vorschläge des Ausschusses angenommen.

Aus dem Gerichtssaal.

Soldatenleid. Vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz stand der Sergeant Wichert von der dritten Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 88. Er hat eines Sonntagsmittags einem mit weißer Hose bekleideten Soldaten, weil dieser sich beim Essenholen ein wenig verspätet hatte, befohlen, sich auf den durch das Regenwetter beschmutzten Kasernenhof zu legen. Der Vorgesetzte wollte dem Manne damit den Sonntagsnachmittagsausgang unmöglich machen. Der Soldat legte sich so hin, daß er mit der Nase den Boden nicht berührte. Darauf setzte Wichert ihm den Fuß auf den Rücken und drückte ihn so in den Straßenschmutz hinein. Das Gericht verurteilte ihn wegen vorschriftswidriger Behandlung und Befeldigung zu einer Woche Mittelarrest.

Aus Nah und Fern.

Sich selbst gerichtet. In Buer bei Gelsenkirchen erhängte sich der Untersuchungsgefangene Dreer aus Bredeken, der seinen Bruder erschossen hat.

Ein Journalistenstreik in der bayerischen Kammer. Die Journalisten auf der Tribüne der Kammer der Abgeordneten erhielten gestern den Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des Direktoriums der Abgeordnetenkammer, worin zur Sprache gebracht war, daß die Journalisten gegen Schluß länger dauernder Sitzungen mehrmals in ostentativer Weise zusammen ihre Plätze verlassen hätten. Das Direktorium bevollmächtigte den Präsidenten, den Journalisten die Auffassung des Direktoriums bekannt zu geben, daß dieses Vorgehen als ein auffälliges, unfreundliches und ungeeignetes erachtet werde. Es sei Sache des Präsidiums, über die Dauer der Sitzungen zu entscheiden. Jeder Versuch der Journalisten, in dieser Frage einen Einfluss auszuüben, werde mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Da nun gestern außer der Vormittags- und einer Nachmittags-Sitzung anberaumt ist, beschlossen die Journalisten, über die Nachmittags-Sitzung nicht zu berichten. Der Beschluß wurde ausgeführt.

Zu geistiger Unmachtung. Wie aus Jansbrunn gemeldet wird, erschoss der Förster Novak in Hall in einem Anfall geistiger Unmachtung sein dreijähriges Töchterchen und jagte sich selbst eine Kugel in den Kopf. N. ist schwer verletzt.

Der Sittenverbrecher im Priesterrock. Dieser Tage verhandelte nach genauer gerichtlicher Untersuchung die luxemburgische Gendarmerie den 55-jährigen katholischen Pfarrer Lamy des Dorfes Medernach, der sich seit Jahren an Eristkommunikantinnen unzüchtig vergangen hatte. Er wurde nach Luxemburg in Untersuchungshaft abgeführt. Die Belastungsmomente gegen ihn sind so erdrückend und die Aussagen der Kinder so bestimmt, daß an seiner Schuld und Verurteilung kaum zu zweifeln ist. Die Einzelheiten, die von Mund zu Mund gehen, sind empörend. Die geschändeten Kinder, die dem Verbrecher vorhielten, daß er mit ihnen ja doch eine Todsünde begehe, erhielten zur Antwort, nein, das sei wohl mit jedem andern, aber nicht mit ihm Todsünde. Drei Tage vor seiner Verhaftung äußerte er zu den Mädchen in der Religionsstunde, man wolle ihn hineinlegen, aber wenn eines von ihnen den Mund aufstue, werde er es ins Gefängnis bringen.


Björnson liegt im Sterben. Der Familie Björnsons wurde von den Ärzten mitgeteilt, daß die Lebenskraft des Kranken sich im Verfliegen befindet. Björnson erkennt nur für einige Augenblicke seine Umgebung dann tritt wieder Erschlaffung ein.

Ein Debrandant aus Osterreich wurde am Mittwoch nach einer Weidung des „Berliner Tageblatts“ in Berlin

verhaftet. Der Expedient Max Brlewe, der bei einem ökonomischen Bergwerk angestellt war, hatte 4000 Kronen, die zur Lohnzahlung bestimmt waren, unterschlagen. Er unternahm mit dem Geld eine Bergbauunternehmung, die ihn erst nach Dresden und dann nach Berlin führte. Bei der Verhaftung legte er sofort ein Geständnis ab. Von dem unterschlagenen Geld besaß er nur noch 800 Kronen.

Ein Kugelblitz. In Falmouth lief der Dampfer „Trafalgar“ ein. Der Kapitän sandte seinen Reeder in Cardiff folgendes Telegramm: „Trafalgar“ wurde vor einem Meteor getroffen und ist nicht in Stande, die Reise fortzusetzen.“ Der Kapitän erzählte, daß das Schiff einer furchterlichen Sturm durchzumachen hatte. Donnerstag früh um 8 Uhr, auf der Höhe von Wolf Hook, kam es plötzlich wie ein Blitz mit donnerndem Getöse vom Himmel herab und plötzlich stand der vordere Mast in Flammen. Zu gleicher Zeit fiel ein großer feuriger Körper mit einem etwa 40 Fuß langen Schweif dicht am Schiff vorbei ins Meer. Wenig Augenblicke später kamen die Leute aus dem Vorderdeck und berichteten, daß dieses in Flammen stehe. In der Tat war bald das ganze Innere des Schiffes von einer violetten Glut erfüllt. Einige Leute waren wie vom elektrischen Schlag gelähmt worden. Nach wenigen Minuten erfolgte die Glut, ohne unter Deck Brandschaden angerichtet zu haben. Unsere Kompassse waren vollkommen demagnetisiert und unbrauchbar geworden. Als die Schiffen in Falmouth an Land gebracht wurden, funktionierten sie plötzlich wieder in gewohnter Weise. Indessen scheint das ganze Schiff stark magnetisiert zu sein. Zu dieser merkwürdigen Sternwarte gab der Direktor der Trepow-Sternwarte, Dr. Archenhold, auf Verlangen folgende Erklärung: „Nach der vorliegenden Schilderung halte ich die Erscheinung, die von der Seeleuten beobachtet wurde, keineswegs für einen Meteor. Vielmehr nehme ich an, daß es sich um einen Kugelblitz handelt. Solche Kugelblitze haben die mannigfaltigsten Arten. Man hat sie schon im Zimmer umher und wieder aus ihm hinauspringen sehen. Sie leuchten in allen Farben und sie zünden auch. Da nach der Schilderung ein starker Unwetter herrschte, ist es wohl anzunehmen, daß ein Kugelblitz das Schiff getroffen hat. Der Schweiß, den die Mannschaften gesehen haben wollen, ist der elektrische Lichtschein gewesen, der dem Blitz zu folgen pflegt. Daß das Schiff magnetisiert und die Kompassse demagnetisiert wurden, ist dann selbstverständlich. Dagegen kann der Störfriedrich kein Meteor gewesen sein, denn ein Meteor hat nach niemals elektrische Erscheinungen wie die geschilderten, im Gefolge gehabt.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



Das beste Küchenhilfsmittel


Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Würze und achte auf die Schutzmarke.

ist und bleibt **MAGGI'S** Würze

Sowohl in Feinheit des Geschmacks, als auch in Ausgiebigkeit und Billigkeit steht sie unerreicht da. Vorteilhaftester Bezug in großen plombierten Flaschen. „MAGGI's gute, sparsame Küche.“

Trotz der Spiritussteuer

stellen sich Cognac, Rum, Liköre, Branntweine immer noch billiger als bisher, wenn Sie sich Ihren Bedarf selbst bereiten und zwar mit den berühmten Original-Reichel-Essenzen. Ein einmaliger Versuch führt zu dauerndem Verbrauch. Nur wer seine eigenen Fabrikate trinkt, weiß was er trinkt und ist vor jeder Übertreibung und Verfälschung geschützt. Sämtliche, auch die feinsten und edelsten Liköre sind herstellbar und zwar in vollendetster Qualität, gehaltvoll und kräftig. Man muß sich wundern, wie einfach und reell die Sache ist. Man macht sich vorher keinen Begriff. Tadelloses Gelingen garantiert. Das wertvolle und reich illustrierte Rezeptbuch „Die Destillation im Haushalt“ wird von der Essenzfabrik Otto Reichel, Berlin E.O., Eisenbahnstr. 4 gratis versandt. Man lasse sich nicht durch Nachahmungen täuschen und achte streng auf das Kennzeichen der Echtheit die Marke „Lichttherz“. Reichel-Essenzen sind einzig und altbewährt. Sacht zu haben in Lübeck u. Umgegend bei den bekannten Drogerien Ferd. Kayser, Breitestraße 81. Georg Bornhöft, Untertrave 44. H. Wittmack, Mühlenstraße 1. C. Duvé, Gr. Burgstr. 35. C. F. Alm, Holstenstraße 12. Heinr. Heickendorf, Markt 15. H. Fock Nachf., Fackenburg Allee 10. Eduard Hellmann, Cronsforder Allee 8. Henning von Minden Nachf., Breitestr. 39. Filiale Hüttertort-Allee 7. Herm. Oelgart Nachf., Gr. Burgstr. 44. August Proesch, Mühlenstraße 38. Carl Schmidt, Lindenstr. 87a. J. J. Struve, Breitestraße 95. In Ostia: W. v. Kolbe, Drogerie. Ch. Kröger, Hof-Apothek. Grevesmühlen: Georg Kramer, Drogerie. Mölln: Wilh. Vollmer, Drogerie. Neustadt: Carl Jensen, Kremperstraße 48. Oldesloe: Louis Osten, Adler-Drogerie. Rostburg: R. Schmutzler, Drogerie. Segeberg: Detler Lindau, Drogerie. Schwartau: Henning von Minden, Drogerie. Travemünde: Paul Jäkel, Drogerie.



Achtung! Arbeitslose!

Dieserjenige Arbeitslosen, welche auf die von der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei zu verteilende Brote Anspruch erheben, haben sich

am Montag, dem 7., und Dienstag, dem 8. Februar 1910,

abends von 7-8 Uhr, an folgenden Stellen zu melden.

Innere Stadt:	Holstentor:	Moisling:
H. Heftmann, Gewerkschafts-haus, Zimmer Nr. 4.	A. Weitendorf, Friedensstr. 17.	Genosse A. Weitendorf wird am Sonntag, dem 13. Febr. 1910 nachmittags von 2-3 Uhr, in Lokale des Herrn Schreiber zur Entgegennahme von Meldungen anwesend sein.
A. Beck, bei Schröder, Lederstr. 8.	B. Lotzow, Meierstr. 43.	
Burgtor:	Mühlen- und Hüttertort:	Fackenburg u. Umgegend
A. Jäger, Krimstr. 96, 1. Stg.	D. Möller, Cronsforder Allee 105a.	A. Säfte, Zimmermann, Stackelsdorf-Lohe.
	C. Sandgaard, Augustenstr. 16.	
	Schwartau:	
	Genosse A. Beck wird am Sonntag, dem 13. Februar 1910, nachmittags von 2-3 Uhr, im Gasthaus „Transvaal“ zur Entgegennahme von Meldungen anwesend sein.	

Später sich Meldende können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Brotausgabe findet an verschiedenen Tagen statt und wird den Betreffenden der Zeitpunkt mitgeteilt, wo und wann sie sich das Bro abholen können.

Die Kommission.

Wir empfehlen dem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend unser neu eingerichtetes Lager von

Grabsteinen jeglicher Art

in sauberster Ausführung zu billigsten Preisen.

Gebr. Zachow, Krempelsdorfer Allee 38.

NB. Polierte Findlinge in größerer Auswahl.

A. B. Sch.

Vorstandssitzung

am Montag abend 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstrasse 50-52.

2 möblierte Zimmer

nach vorne zu vermieten.
Siebente Querstr. 14 b. d. Mengstr.

Ein Logis zu vermieten

Ludwigstraße 58, I.
Zum 1. April 1910 eine kleine Wohnung zu vermieten.
Schönhöfenerstraße 12.

Saubere Herren-Wasch-Graberoben in großer Auswahl billig zu vermieten.
Ellerbrook 14. Hochparterre.

Gute Sing-Erntmähma. 35 Mk.
Hart. Fabr. 25 Mk. Watenmähma. 5.

Sof. od. 1. April Wohn. f. kl. Fam. (2 Zim., Küch., Kell., Stall, Garten.) 140 Mk. p. Jahr, def. e. Piano f. Anf. f. 50 Mk. zu verk. Fremdkamp 1.

Ein Waschenanzug (Zigeuner-tüchlein) billig zu vermieten.
Effenstraße 14/5.

2 Damen-Waschenanzüge billig zu vermieten. Engelstraße 23.

2-3000 Mk. zu beleg., auch in kl. Raten. Ang. unt. RB an die Exped.

Sonnabend und Sonntag stehen — Ferkel — zum Verkauf.
Krögers Gasthof, Schwartau.

Verloren von einem Knaben ein Portemonnaie mit 20 Mk.
Abzugeben An der Mauer 39a.

Verzittlicher Sonntagsdienst

am Sonntag, 6. Febr. (von 1 Uhr ab):
Dr. med. Ziehl, Gr. Burgstr. 47.
Dr. med. Stoffer, Cronsf. Allee 6a, I.
Dr. med. Schlomer, Schw. Allee 51, I.

Haus vor dem Holstentor mit 6 abgeschl. 2-Zimmer-Wohnungen u. a. Pub. zu verk. Käufer wohnt frei. Restgeld zu 4 1/2 % auf 5 Jahre fest.
Näh. Schwart. Allee 80, p.

Kernf. Kinderspiel 60 Bfg. Holz 80 Bfg. Gebastes 70 Bfg. u. Kalbf. Marktnochen 150 Bfg. 20 Bfg. Fritz Möller, Watenmähma. 80 bei der Großen Gröpelgrube.

I. Beerdigungs-Institut „Zur Ruhe“

Häxstrasse 117. **Fr. Barby** Häxstrasse 117.

Übernahme ganzer Beerdigungen, auch Feuerbestattungen. Überführungen von und nach auswärts.

Großes Lager in Kränzen und Grabkreuzen.

Schweinegilde
St. Lorenz u. Umgegend
Ball u. Kappenfest
am Sonntag, d. 13. Febr.
im Lokale des Herrn Kühn,
Sanna-Gasse,
Kassenöffnung 5 Uhr. Aufg. 6 Uhr.
Ende 4 Uhr.
Um 10 Uhr: Kappenpolonäse.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.

Dilettanten-Klub St. Gertrud.

Einladung zum
gr. humor. Kappenfest
am Sonntag, dem 6. Februar,
im Lokale „Neu-Lauerhof“.
Anfang 5 Uhr. Ende morgens.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Einz. Dame 15 Pfg., Garderobe frei.
Um 10 Uhr:
Polonäse mit Ueberraschung.
Der Vorstand.

Große Tanz-Musik

in Paetaus Gesellschaftshaus
am Montag, 7. Februar
(Friedenburger Markt).
Im Abonnement 30 Pfg.
Anfang 6 Uhr. Ende morgens.
Hierzu ladet freundlichst ein
L. Paetau.

Waisenhof. Morg. Sonntag
Großes
Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr.
Eintritt frei.

Sonntag,
den
6. Februar:
Tanzkränzchen
in nachstehenden Lokalitäten:
Louisenlust.
Gr. Bockbierfest.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
Johs. Benn.

Friedr. Franz-Halle
Großes
Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintr. frei.
L. Stamer.

Moislinger Baum.
Vorletztes Bockbierfest
mit Tanzkränzchen.
R. Schmachtel.

Konzerthaus Fünfhausen.
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
Ende 2 Uhr. A. W. Neumann.

Wakenitz Bellevue
Heute, Sonntag:
Tanzkränzchen.
Mitt. v. Garten-Klub Seebeck.
H. Fürbörfer.

Friedrichshof.
Großer Tanz.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt frei.
Hans Möller.

Central-Hallen.
Große Tanz-Musik.
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
Ende 2 Uhr. W. Borgwardt.

FLORA.
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
Ende 2 Uhr. Max Siems.

Travestrand Moisling.

Heute Sonntag, d. 6. Februar:
Großer Maskenball.
Anfang 6 Uhr.
Maskenzug 7 Uhr.
Masken-Kostüme bei Frau
Buthmann, Moisling, und
im Lokal zu haben.
Johs. Schiering.



Falkenstraße 16 (Kellerwirtschaft), H. Hümöller, Alststraße 31, Leske, Schwartauer Allee 70 b, und bei sämtlichen Komiteemitgliedern. Karten für Mitglieder werden nur vom Boten H. Hümöller, Alststraße 31, bis zum 5. Februar und Sonnabends von 9-10 Uhr im Gewerkschaftshaus ausgegeben.

Eingang für Masken: **Johannisstraße 52.**
NB. Fremde Pierrots und Kinder haben keinen Zutritt.

Masken-Anzüge sind im Lokale zu haben.

Das Komitee.

Hansa-Theater.
Vereinsbillette
haben für diesen Spielplan Gültigkeit.

Restaurant zum Landhaus
Schönböken.
Sonntag, den 6. Februar 1910:
Große Tanzmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein
Aug. Kost.

Stockelsdorf.
Sonntag, den 6. Februar
Tanzmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein
E. Rottgardt.

Zentral-Verband
der Schmiede.
Zahlstelle Lübeck.
Einladung zum
Winter-Vergnügen
verbunden mit
Kappenfest
am Sonntag, 13. Februar
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg.,
eine Dame frei.
Einzeln Damen 20 Pfg.,
wohlf. Garderobe.
Das Komitee.

Hamburg. Hof, Schwarzen.
Dienstag, den 8. Februar:
Grosses Konzert.
Anfang 8 Uhr. Eintritt frei
Hierzu ladet freundlichst ein
C. F. Leukefeld.

Konzerthaus Harmonie
110 Plätze, 110.
Dort. Dam.-Orchester
„Waldglöckchen“ 6 Dam.
Auf vielfachen Wunsch:
Morgen, Sonntag, 6. Febr.
3. Bockbierfest
Kappen u. Wieder gratis.
Eintritt frei. Aufg. 4 Uhr.

Panorama
Breitestr. 53, 1., St.
Nordsee-Bäder
Westerland, Wittdün, Wyck,
Helgoland.

Neues Stadttheater.
Sonntag, 6. Febr. Nachm. 3 Uhr:
Außer Abonn. Nachm.-Besise.
1. Gastspiel des Wissenschaftlichen
Theaters der „Urania“-Berlin.
Von der Zugspitze zum Wahnmann.
Streifzüge durch Oberbayern.
Sonntag, 6. Februar. 7 Uhr.
Voll-Abonn. 123. Mittelpreise.
Einmalige große Doppel-Vorst.
Der Andere. Schauspiel v. Lindau
Hierauf: **Liebeslisten (Letho).**
Schwan von R. Gobbin.
Montag, 7. Febr. Nachm. 3 Uhr.
Außer Abonn. Nachm.-Besise.
2. Gastspiel der „Urania“-Berlin.
Am Golf von Neapel.
Eine Frühlingssahrt zum Gestade
der Sirenen und Zyklopen.
Montag, 7. Februar. 7 Uhr.
Gastspiel des Kgl. Kammerjägers
Alois Pennarini
vom Hamburger Stadttheater
Siegfried.
Mitteldrama von R. Wagner.

Metropol-Theater

Lübeck

Breitestrasse (Ecke Huxstr.).

Erstklassiges Theater
lebender, singender und sprechender Photographien.

Das neue Programm dieser Woche.
Mikroskopische, wissenschaftliche Mikrosben-Kinematographien.
1. Serie.

Die tropische Schlafkrankheit.

Bericht an die Akademie der Wissenschaften über die im Laboratorium der Firma Pathé Frères unter
Leitung Dr. Commandons gemachten Entdeckungen.

Titel der Bilder:

1. Mikroskop, zur Prüfung der Präparate dienend! Zur Untersuchung wird eine gesunde Ratte benutzt. Der Ratte wird am Ende des Schwanzes ein Schnitt beigebracht, um einen Tropfen Blut zu erhalten, der zwischen zwei Glasplättchen unter das Mikroskop gebracht wird.
2. Was man im Blut einer gesunden Ratte sieht.
3. Einer Ratte wird die Schlafkrankheit eingepflanzt, indem man ihr Blut, das von einem Schlafkranken herrührt, unter die Haut spritzt.
4. In dem Blut des Tieres werden zahlreiche Trypanosomen sichtbar, die sich fortwährend bewegen und gegen die elastischen roten Blutkörperchen sossen.
5. Am vierten Tage nach der Einspritzung. Die Schmarotzer vermehren sich ausserordentlich schnell und verschlimmern an einem Tage beträchtlich die Krankheit.
6. Am fünften Tage unterliegt die Ratte der Menge der Trypanosomen.

Diese schreckliche Krankheit wird durch den Stich der giftigen Tsetsefliege übertragen, die aus Zentralafrika stammt.

Dieser Film ist kein Zauber- oder Trickfilm, sondern ein rein natürliches Bild, welches mit Hilfe eines Mikroskops aufgenommen ist.
Hochinteressant für Aerzte und wissenschaftlich gebildete Herren.

Vorführung dieses Bildes nur abends ca. 7 $\frac{1}{2}$ u. 10 Uhr.
Sonntags ca. viermal.

Weiter kommen diese Woche zur Aufführung u. a.:

Das letzte Lied. Großes Drama aus dem Künstlerleben.
Der Mann, der auf dem Kopfe geht. Variétébild.
Willis Preise. Humoristisch.

Studentenleben. Aus den Erinnerungen eines Studenten.
Pferdezüchtere in Argentinien.

Hervorragende Naturaufnahme; etwas für Pferdekennner. Es ist wirklich staunenswert, zu sehen, wie die argentinischen Pferdeknechte die wilden Pferde zureiten.
Der Affe Adam II. Humoristisches Bild für die Kinderwelt.

Das heilige Feuer. Altgriechisches Drama.
Weinlese. Naturaufnahme.

Der Satyr von Schönwalde. Humoristisch.
Des Jockeys Todesritt. Große Tragödie aus der Sportwelt.
Der schüchterne Peter. Humoristisch.
Immer schneidig. Humoristisches Tonbild und das große Programm dieser Woche.